

Haushaltsplan 2024 und Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe einstimmig beschlossen



Gemeinde Weingarten (Baden)

Weitere Informationen hierzu finden Sie auch auf der Homepage
www.weingarten-baden.de

Der Gesamthaushalt der Gemeinde Weingarten (Baden) 2024 in Zahlen

Volumen des Gesamthaushaltes: 50,348

Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt 43,129

Erträge in Mio. €		Aufwendungen in Mio. €	
Grundsteuer	1,497	Personalausgaben	9,512
Gewerbesteuer	8,000	Unterhaltung	1,632
Einkommensteuer	7,958	Bewirtschaftung	2,525
Umsatzsteuer	0,642	Verwaltung und Betrieb	1,261
sonstige Steuern	0,206	Abschreibungen	1,757
Leistungen aus dem Familienleistungsausgleich	0,655	Kreditzinsen und Kosten Geldverkehr	0,327
Schlüsselzuweisung	6,167	Zuschüsse an übrige Bereiche	4,778
übrige Zuweisungen	3,580	Gewerbesteuerumlage	0,824
Auflösungen Investitionszuwendungen	0,625	FAG-Umlage	3,930
Gebühren und ähnliche Entgelte	1,712	Kreisumlage	4,799
privatrechtliche Entgelte	2,648	übrige Transferaufwendungen	0,685
Kostenerstattungen	0,770	Geschäftsaufwendungen	0,415
Zinserträge	0,052	Sachverständige und Beratung	0,096
aktivierte Eigenleistungen	0,300	Versicherung	0,239
sonstige Einnahmen	0,451	übrige sonstige ordentliche Aufwendungen	0,589
Summe ordentliche Erträge	35,261	Summe ordentliche Aufwendungen	33,368
		ordentliches Ergebnis (Überschuss)	1,892
außerordentliche Erträge	7,869	außerordentliche Aufwendungen	0,052
		Sonderergebnis (Überschuss)	7,817
Summe	43,129	Summe	43,129

Ein- und Auszahlungen im Finanzhaushalt 50,348

Einzahlungen in Mio. €		Auszahlungen in Mio. €	
Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	34,387	Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	31,664
Investitionszuschüsse	2,781	Vermögenserwerb	2,682
Einzahlung aus der Veräußerung Sachvermögen	13,139	Baumaßnahmen	12,338
Darlehensrückflüsse	0,042	Investitionszuschüsse	0,073
Kreditaufnahme	-	Schuldentilgung	0,760
	-	Sonderergebnis (Überschuss)	2,831
Summe	50,348	Summe	50,348

nachrichtlich:

Schuldenstand zum 01.01.2023	24,332	Schuldenstand zum 31.12.2023	23,473
Schuldenstand zum 01.01.2024	23,473	Schuldenstand zum 31.12.2024	22,713



Weingarten (Baden) - Haushaltsrede 2024 von Bürgermeister Eric Bänziger

(es gilt das gesprochene Wort)



**Sehr geehrte
Damen und Herren Gemeinderäte,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger
sowie Vertreter der Presse,**

umgeben von Krieg, Krisen und Katastrophen hören wir nicht auf unsere Gemeinde in großen Schritten weiter voranzubringen.

Die Vielzahl der Themen und deren Bandbreite steigt kontinuierlich, was nicht zuletzt unser Haushaltsvolumen für 2024 von über 50 Mio. EUR ausdrückt.

Und dennoch haben wir einen „**Sparhaushalt**“ geschaffen.

Deutliche Reduzierungen im Investitionsvolumen auf immerhin noch 15 Mio. EUR und Kürzungen im Ergebnishaushalt von 500 TEUR haben letztlich zu einem positiven Ergebnis inklusive Abschreibungen von 1,9 Mio. EUR geführt. Die kamerale Zuführungsrate - der Vergleich aus längst vergangenen Tagen sei mir gestattet - läge



Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024

Haushaltssatzung Ergebnishaushalt

Zeile ErgHH	Ergebnishaushalt	2024	2025	2026	2027
11	ordentliche Erträge	35.260.500 €	35.737.300 €	36.973.200 €	38.451.600 €
19	ordentliche Aufwendungen	- 33.368.400 €	- 34.760.700 €	- 36.732.500 €	- 38.503.900 €
20	ordentliches Ergebnis	1.892.100 €	976.600 €	240.700 €	-52.300 €
21	außerordentliche Erträge	7.868.800 €	3.691.400 €	2.050.000 €	440.400 €
22	außerordentliche Aufwendungen	- 52.000 €	- 50.000 €	- 50.000 €	- 50.000 €
23	Sonderergebnis	7.816.800 €	3.641.400 €	2.000.000 €	390.400 €
24	Gesamtergebnis	9.708.900 €	4.618.000 €	2.240.700 €	338.100 €

damit bei 2,7 Mio. EUR, wobei früher manche die Champagnerkorken hätten knallen lassen!

Doch es geht noch besser! Zusammen mit den veranschlagten Verkaufserlösen aus den Baugebieten summiert sich der Überschuss nach dem Sonderergebnis auf ein veranschlagtes Gesamtergebnis von 9,7 Mio. EUR. Ein Rekordergebnis,

das so erst im Haushaltsjahr erarbeitet werden muss. Man kann es aber auch anders herum betrachten und sagen, dass wir ausreichende Kapazitäten haben, um bei einem Konjunkturabschwung, wie er sich abzeichnet, gegensteuern zu können und in jedem Fall einen positiven Abschluss finden werden. Kreditaufnahmen werden daher trotz der erneut hohen Investitionen nicht erforderlich.

Dem Investitionsvolumen folgen noch weitere Verpflichtungsermächtigungen für unsere mehrjährigen Investitions-Projekte von 14,8 Mio. EUR. Davon allein 5,3 Mio. EUR für die Erschließung des nun endgültig abgeschlossenen Verfahrens Kirchberg-Mittelweg, 2,5 Mio. EUR für die Planungskosten des Neubaus der Turmbergschule und 2 Mio. EUR für die Erschließung des Gewerbegebiets Sandfeld.

Und um die Erläuterung der Zahlen aus unserer Haushaltssatzung abzuschließen:

Die Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer bleiben unverändert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit der Berechnung der Leistungsfähigkeit, welche nach Abzug der Tilgung auch die Netto-Investitionsrate des Planjahres ausdrückt, verfügt Weingarten mit knapp 2 Mio. EUR über eine wirtschaftlich solide Basis.

Ja, wenn da nicht die Verschuldung der Gemeinde wäre?

Zum Ende des Jahres 2024 bestehen voraussichtlich folgende Kreditvolumina:

• Gemeindehaushalt	22.713.000 EUR	2.154 €/EW
• EigB Wasserversorgung	12.410.000 EUR	1.177 €/EW
• EigB Abwasserbeseitigung	17.924.000 EUR	1.700 €/EW
• Gesamt:	53.047.000 EUR	5.031 €/EW

Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 5.031 EUR. Der Landesdurchschnitt 2022 lag bei 2.004 EUR und dürfte für 2024 sich um die 2.200 EUR einpendeln, was immer noch deutlich weniger als die Hälfte ist.

Dabei sieht man, dass mit über 30 Mio. EUR das größere Volumen an Schulden in den Eigenbetrieben liegt. Die Investitionen in unsere „Unterirdische Infrastruktur“ haben sich dort

Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024

Leistungsfähigkeit

Übersicht der Leistungsfähigkeit der Gemeinde							
Haushalt	Zeile	Jahr	2024	2025	2026	2027	
ErgHH	20	ordentliches Ergebnis	1.892.100 €	976.600 €	240.700 €	- 52.300 €	
ErgHH	15	+	Abschreibung	1.756.500 €	2.106.500 €	2.606.500 €	2.906.500 €
ErgHH	3	/.	Auflösung	625.000 €	655.000 €	675.000 €	690.000 €
ErgHH	9	/.	aktivierte Eigenleistungen	300.000 €	300.000 €	300.000 €	300.000 €
ErgHH	23	/.	außerordentliches Ergebnis (ohne Grundstücksverkäufe)	1.000 €	- 1.000 €	- 1.000 €	- 1.000 €
FinHH	17	=	Liquidität aus dem Ergebnishaushalt	2.722.600 €	2.129.100 €	1.873.200 €	1.865.200 €
FinHH	34	/.	Tilgung	759.900 €	766.000 €	779.300 €	984.400 €
		=	Leistungsfähigkeit (bei positivem Ergebnis)	1.962.700 €	1.353.100 €	1.093.900 €	880.800 €

	2024	2025	2026	2027
Kredite	- €	- €	9.800.000 €	15.100.000 €
Verschuldung Jahresende	22.713.000 €	19.947.000 €	28.967.700 €	43.083.300 €
Investitionen	15.092.800 €	23.234.500 €	18.103.050 €	22.444.550 €
Fremdfinanzierungsquote	0%	0%	54%	67%

! Sondertilgung EnBW 2 Mio. im Jahr 2025 in der Übersicht nicht dargestellt:
Die Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit i.S.v. § 77 Abs.1 Gemeindeordnung (GemO) erfolgt ohne Sondertilgungen.

Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024

Verschuldung pro Kopf

Zum Ende des Jahres 2024 bestehen voraussichtlich folgende Kreditvolumina:		
Gemeindehaushalt	22.713.000 EUR	2.154 €/EW
EigB Wasserversorgung	12.410.000 EUR	1.177 €/EW
EigB Abwasserversorgung	17.924.000 EUR	1.700 €/EW
Gesamt:	53.047.000 EUR	5.031 €/EW

niedergeschlagen und diese sind systemimmanent auch nur durch Schulden finanzierbar. Eine Heranziehung der Einwohner bei Erneuerungsmaßnahmen der Kanalisation und der Wasserversorgung durch erneute Erhebung von Erschließungsbeiträgen erfolgt in Weingarten nicht.

Insofern wird die entstehende Zahllast systemgerecht wiederum auf die Nutzer während der Nutzungszeit von 50 Jahren verteilt.

Die Verschuldung der Gemeinde ist zwar hoch, aber leistbar. Und wir haben in einer Niederrzinsphase investiert, was sich in Zukunft auszahlt. Durch die geringen Zinssätze-2017 bis 2021 -konnten wir mit Zinssätzen unter 1 % auf 30 Jahre finanzieren. Der Durchschnittszinssatz liegt

- im Kernhaushalt bei 1,43%

- bei der Wasserversorgung bei 1,34% und
- lediglich bei der Abwasserbeseitigung etwas höher, bei 2,34%.

Damit liegen die Kapitalkosten dennoch deutlich unterhalb der Inflation, wodurch sich ein Teil der Schulden quasi von selbst bezahlt. Und das im Tiefbau noch zu annehmbaren Baukosten.

Für die Zukunft werden einerseits die Entwicklung der Baukosten und andererseits die Entwicklung von Zinsniveau und Inflation mitbestimmen, in was und in welcher Höhe wir investieren.

Dank unseres bisherigen Finanzmanagements mit der frühen Aufnahme von Krediten noch im Jahr 2022 konnten wir mit einem Kassenbestand von 7 Mio. EUR in das Haushaltsjahr 2024 starten.

Es war mir heute wichtig, an dieser Stelle einmal etwas auf das Thema „Schulden“ einzugehen und die positiven Effekte unseres Handelns darzustellen. Natürlich wäre es noch besser erst überhaupt keine Schulden zu haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im vergangenen Jahr hat unser Gemeinwesen mit der neuen Schulsport- und Leichtathletikanlage „Im Bruch“ eine Abrundung der Sportanlagen erfahren. Insgesamt ist damit eine Konzentration unserer Sportanlagen - zusammen mit den Vereinsanlagen der Ringer und des TSV - an unserer Walzbachhalle und dem Walzbachbad entstanden.

Mit dem Beschluss des Gemeinderates nun auch den Neubau unserer Turmbergschule auf dem Festplatz vorzusehen ergibt sich für unsere Kinder und Jugendlichen auch in Anbetracht der Ganztageschulen ein neuer Lebensmittelpunkt. Diesen zu gestalten wird nun die Hauptaufgabe 2024 sein, wenn wir uns mit der Planung der Schule und deren Umfeld sowie deren Finanzierung auseinandersetzen werden.

Mit einer externen Projektsteuerung werden wir zielgerichtet das Gesamtprojekt zunächst nochmals auf Plausibilität prüfen und dann im Planungs- und Bauprozess begleiten lassen.

Es ist dabei sicherlich das herausforderndste Projekt in der Geschichte unserer Ge-

meinde. Dies nicht nur finanziell. Auch die dadurch entstehenden städtebaulichen Entwicklungen am bisherigen Standort werden uns neue Möglichkeiten der Attraktivierung des Ortskerns bringen. Eine sicherlich spannende Herausforderung für den künftigen Gemeinderat.

Weitere externe Projektsteuerungen haben wir für die Erschließungen Kirchberg-Mittelweg und das Gewerbegebiet Sandfeld eingeplant, um die aufgrund Personalmangels nicht besetzte Ingenieurstelle im Bauamt auszugleichen und uns dennoch nicht weiter aufhalten zu lassen.

Bei den Straßensanierungsmaßnahmen geht es unterdessen planmäßig mit der Ausschreibung und dem Bau des letzten Teils der Burgstraße weiter. Für diesen waren 5,15 Mio. EUR einzuplanen aufgeteilt in die Bereiche Kanalisation mit 2,5 Mio. EUR für das neue Trennsystem, 550 TEUR für die Was-

Festplatz (Neubau Turmbergschule)



Burgstraße



serversorgung und Hausanschlüsse sowie 2,1 Mio. EUR für den Straßenbau. Eine Ko-Finanzierung erfolgt in diesem Abschnitt ausschließlich mit Mitteln des Ausgleichstock von rund 400 TEUR.

Und auch in den Seitenstraßen der Jöhlinger Straße wird die Infrastruktur komplett erneuert. Angefangen haben wir in der Mühlstraße und nun folgen nacheinander die Schaf-, die Blumen-, die Hebelstraße mit der Engelsstraße sowie die Brunnenstraße. Hoffentlich bald können wir die Verlegung der zentralen Breitbandverkabelung durch die Bahnhofstraße abschließen. Der Einzelhandel spürt die mangelnde Durchfahrtsmöglichkeit sehr. Daher an dieser Stelle mein Aufruf an unsere Einwohner: Helfen Sie mit, den Einzelhandel in unserer Gemeinde am Leben zu erhalten, indem Sie hier einkaufen und ganz besonders jetzt, wo die Läden schwieriger erreichbar sind.

Nachdem wir im vergangenen Jahr den Waldweg der Kirschbaumallee in Eigenregie durch unseren Tiefbautrupps im Bauhof ausbauen konnten, werden wir für das Radwegenetz mit dem Breitwiesenweg bei einer Förderung von ca. 80% weiter machen können.

Und auch der Lückenschluss an der Carix-Anlage ist nun soweit mit den zuschussgebenden Behörden verhandelt, dass wir in die Umsetzung gehen können.

Sie merken, dass ich mich teilweise wiederholen muss, waren die beiden Projekte doch bereits für 2023 geplant gewesen. Aber auch für uns ist die mittlerweile ausführliche Abstimmung und die Zuordnung zu den verschiedenen Fördertöpfen des Landes eine Herausforderung. So musste beispielsweise der Radweg Richtung Grötzingen neu beantragt werden, da er aufgrund der bereits bestehenden Breite von 3 Meter einem anderen Förderprogramm mit geringerer Förderquote-zuzurechnen ist. Ein neuer Antrag ist gestellt und wir hoffen dann 2025 spätestens in die Umsetzung gehen zu können.

Mit einem neuerlichen Investitionsvolumen 2024/2025 von 2 Mio. EUR in unsere Walzbachhalle werden die Sanierung des Flachdaches und der Fassade, die Umsetzung des

Kirschbaumallee



Walzbachhalle/Walzbachbad



PV auf dem Hochbehälter Katzenberg



Brandschutzkonzeptes sowie die erneute energetische Sanierung mit Umbau der Beleuchtung auf LED finanziert. Auch hier können wir mit 1,17 Mio. EUR an Fördermitteln aus dem Ausgleichstock rechnen. Für die Bewässerung des Rasens im Freibad ist zudem ein Brunnen mit entsprechenden Bewässerungsanlagen vorgesehen.

Insgesamt müssen wir natürlich auf die veränderten **klimatischen Bedingungen** reagieren. Einerseits durch unsere im Aufbau befindliche kommunale Klimaschutzkonzeption anhand der Vorgaben des European Energy Award und andererseits durch bereits laufende begleitende Maßnahmen. Das fängt bei den neuen Wasserspendern in der Schule und im Rathaus an und zieht sich über ein passives Kältekonzept für die Verwaltungsräume hin zu weiteren Brunnen für die Bewässerung unserer Junganlagen im Wald. Der kommunale Wärmeplan als konzeptionelle Grundlage für künftige Weichenstellungen ist in Arbeit.

Mit weiteren PV-Anlagen - in Kombination mit entsprechenden Speichern - haben wir nun den Hochbehälter Katzenberg und wird unser Kindergarten Bullerbü zur Eigenversorgung ausgestattet. Mit einer Fassaden PV mit ca. 40 kWp wollen wir Synergien bei der erforderlichen Erneuerung der Fassade unserer Walzbachhalle schaffen - auch wenn die Ausrichtung nicht optimal ist.

Und auch bei der Sanierung unserer Straßen werden nun Baumquartiere mit deutlich mehr Wurzelraum und Wasserspeicher geschaffen, wobei das Mobilitätskonzept neben dem Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer - den Rad- und Fußverkehr insgesamt fördern soll.

Mit umfangreichen Sanierungsmaßnahmen des Staudamms am Schlossbergsee und insbesondere dem Bau eines zweiten Durchlasses muss andererseits für entsprechende Starkregeneignisse vorgesorgt werden. Auch hier sind in den nächsten Jahren 3,7 Mio. EUR bis 2027 veranschlagt; bei einem zu erwartendem Fördersatz von 80%.

Zudem verfolgen wir in den nun anstehenden Planungen für die Neubaugebie-

Baumquartiere



Hochwasserschutz



Konzept Waldbrücke



te Breitwiesen Teil 1 und das ehemalige Sportgelände in der Waldbrücke künftig das so genannte „Schwammstadtprinzip“. Die Rückhaltung von Regenwasser und die damit verbundene Neubildung von Grundwasser werden damit aktiv angegangen. Schließlich hatten wir im letzten Jahr auch beim Gewerbegebiet Sandfeld bzgl. dieser Vorgehensweise umgeschwenkt und die Vorgaben entsprechend angepasst. Folgerichtig hat sich der Erschließungsaufwand für die Gemeinde dadurch effektiv reduziert.

Mit einem weiteren Wagen für die zweite Gruppe im Naturkindergarten wird auch der Ausbau der Kinderbetreuung weiter voran gebracht.

Es muss aber an dieser Stelle die problematische Situation der Personalgewinnung für unsere Kinderbetreuungseinrichtungen angesprochen werden. Wäre es doch fatal neue Kindergärten zu bauen und anschließend mangels Personal nicht öffnen zu können. Bereits dieses Jahr müssen wir mit einer generellen Kürzung der Öffnungszeiten bis 16:30 Uhr verhalten darauf reagieren. Die weiteren Entwicklungen werden wir beobachten und werden die Abstimmung mit den Trägern suchen.

Derzeit laufen die Machbarkeitsstudien für Neubauten als Ersatz an der Schillerstraße und der Höhefeldstraße sowie eines Neubaus auf der Fläche vor der Walzbachhalle. Ebenso kann auch ein Neubau auf dem ehemaligen Trautweingelände dort wo neue Wohnungen entstehen und junge Familien hinziehen - eine echte Alternative sein.

Und wir bauen nicht mehr nur Kindergärten. Darüber sollen künftig Wohnungen entstehen, um einerseits die Investitionskosten je m² zu reduzieren und andererseits die Flächen optimal auszunutzen.

Zu einer zukunftsfähigen Infrastruktur gehört zudem der Ausbau der gesamten Gemeinde mit Glasfaser als schnellstes Übertragungsmedium. Hierzu hat die Gemeinde bereits in den vergangenen Jahren stets parallel zu den Straßensanierungen die Leerrohrinfrastruktur verlegt. Nun läuft die Markterkundung der „Deutschen Glasfaser“, welche bereit ist, sofern 33% der Haushalte einen Vertrag abschließen, alle Haushalte komplett mit einem Glasfaseranschluss zu versehen. Dies ist natürlich ein Vorteil-auch für die Gemeindefinanzen.

Naturkindergarten



Breitbandausbau



Nach ursprünglichen Berechnungen der Gemeinde liegen die Investitionen bei rund 13 Mio. EUR. Geld, das die Gemeinde nicht aufbringen muss und Einnahmen, weil die Deutsche Glasfaser das bestehende Netz bereit ist abzukaufen bzw. zu pachten. Daher seien Sie mit dabei. Es steigert letztlich auch den Wert ihrer Immobilie.

Die Immobilien der Gemeinde- insbesondere unsere eigenen Gemeinschaftsunterkünfte in der Jöhlinger Straße und im Buchenweg - helfen uns sehr bei der Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge. 2023 sind insgesamt 16 Personen neu untergebracht worden.

Insgesamt sind derzeit 210 Ukrainische Flüchtlinge, 48 Flücht-

linge aus anderen Nationen und 17 Obdachlose also insgesamt 275 Menschen in Weingarten untergebracht. Davon 145 in kommunalen Gebäuden und 130 Ukrainer haben eine private Unterkunft gefunden.

Die Vorausberechnungen des Landes für 2024 und insbesondere für 2025 gehen von deutlich weiter ansteigenden Zahlen aus, so dass wir noch in diesem Jahr voraussichtlich einen weiteren Standort für Gebäude zur Unterbringung bestimmen und 2025 oder 2026 bauen müssen. Dafür sind jedoch noch keine Mittel im Haushalt veranschlagt und es stellt sich erneut die Frage, ob die Gelegenheit nicht genutzt werden sollte, um solche Bauaktivitäten in eine kommunale Baugesellschaft auszulagern, wie das andere Gemeinden bereits erfolgreich vollzogen haben.

Die Fertigstellung des Feuerwehrbedarfsplans im letzten Jahr hat gezeigt, dass die steigenden Anforderungen an die Wehr, aber auch immer mehr Gebäude mit drei und vier Geschossen neue Kapazitäten wie beispielsweise eine Drehleiter mittelfristig erfordern.

Dafür und für die zusätzliche Unterbringung von Abstellcontainern und dem entsprechenden Fahrzeug werden zusätzliche Flächen benötigt. Daher soll eine zusätzliche Fahrzeughalle mit 6 Stellplätzen auf dem vorderen Festplatz bei der Feuerwehr errichtet werden. Hintergrund ist der neue Feuerwehrbedarfsplan von unserem größten Gewerbebetrieb - der Kleiberit-worin neue Auflagen zur Vorhaltung von Sonderlöschmitteln vorgegeben wurden.

Aber auch der Ausbau der Firma Klocke und letztlich die künftige Erdölförderung in Weingarten bedürfen entsprechender Vorhaltungen. Mit einem neuen Fahrzeugkonzept werden wir in enger Abstimmung mit der Geschäftsführung von Kleiberit den Fuhrpark erweitern und die hierfür erforderliche Halle erstellen-wobei die Firma Kleiberit bereit ist die Investitionskosten größtenteils zu übernehmen.

Am Ende meiner Ausführungen zum kommunalen Haushalt dürfen kritische Worte zum ÖPNV in Weingarten und in unserer Region nicht fehlen.

Gemeinschaftsunterkunft



Feuerwehr



ÖPNV



Wir investieren in barrierefreie Bushaltestellen und haben auch am Bahnhof in die Verlängerung der Bahnsteige investiert, damit künftig dreigliedrige S-Bahnen zusätzlich bei uns halten können.

Der Zuschuss unserer Gemeinde hat sich in den vergangenen zwei Jahren auf über 400 TEUR nahezu verdoppelt-geföhlt - hat sich die Zuverlässigkeit und damit das Angebot des ÖPNV im Bus- und Schienenverkehr jedoch verschlechtert. Gerade beim Wechsel der Fuhrunternehmen kam es zu erheblichen

Defiziten, welche nicht nur in Weingarten zu beklagen waren. Wenn dann aber Grundschüler an der Haltestelle in der Kälte des Winters stehen gelassen werden, weil der Bus voll ist, dann läuft da etwas schief!

Danke an dieser Stelle auch unserem Ortsseniorenratsvorsitzenden, der sich für die nicht-digitale Generation gegenüber dem KVV und der Bahn stark macht. Mit undatierten Fahrscheinen und Automaten, welche auch bei Sonnenschein lesbar sein sollten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

soweit mein Ausblick auf das Jahr 2024. Noch viele weitere Investitionen wären zu nennen, wir reden von 24 Kategorien mit weit über hundert Maßnahmen, was jedoch den Rahmen sprengen würde.

Und so komme ich zum Schluss noch auf die wesentlichen Eckdaten unserer Eigenbetriebe zu sprechen:

Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Wasserversorgung

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung der Gemeinde Weingarten hat ein Volumen von 4,1 Mio. EUR. Davon 1,7 Mio. EUR im Erfolgsplan und 2,4 Mio. EUR im Vermögensplan. Der Erfolgsplan schließt in 2024 mit einem Überschuss von 14.500 EUR ab.

Im Ergebnishaushalt sind die laufenden Ausgaben für den Betrieb der Wassergewinnung über die Aufbereitung durch die Carix-Anlage, die Speicherung in den Hochbehältern sowie das Verteilnetz enthalten. Die größten Herausforderungen liegen weiterhin in der Begleitung der Sanierungsarbeiten im Rahmen des Straßenbaus und der Erschließungsmaßnahmen.

Daneben ist die Carix-Anlage an ihrer Kapazitätsgrenze, so dass 2024 konkrete Planungen folgen werden. Zunächst werden wir uns jedoch den Planungen für einen Neubau des Hochbehälter Kirchberg im Zusammenhang mit der Erschließung des Neubaugebietes widmen.

Zur Finanzierung der Investitionen ist eine Kreditermächtigung von 1,0 Mio. EUR ver-

Wirtschaftsplan der Wasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2024

Feststellung des Wirtschaftsplans



Wirtschaftsplan der Wasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2024

Feststellung des Wirtschaftsplans

<u>1. Erfolgsplan</u>	<u>EUR</u>
1.1 Gesamtbetrag der Erträge von	1.736.400
1.2 Gesamtbetrag der Aufwendungen von	-1.721.900
1.3 Veranschlagtes Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	14.500
<u>2. Liquiditätsplan</u>	<u>EUR</u>
2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit von	1.703.000
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit von	-1.140.200
2.3 Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Geschäftstätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	562.800
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	0
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-2.341.000
2.6 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-2.341.000
2.7 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-1.778.200
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	1.000.000
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	-605.900
2.10 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	394.100
2.11 Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-1.384.100

anschlagt sowie für die Folgeinvestitionen Verpflichtungsermächtigungen von 3,5 Mio. EUR

Die Kassenkredite sind auf 0,4 Mio. EUR begrenzt.

Gebühren

Während die Grundgebühren gleich bleiben erhöht sich die Verbrauchsgebühr für Frischwasser geringfügig von 2,78€/m³ auf 2,82 €/m³.

Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung der Gemeinde Weingarten hat ein Volumen von 8,8 Mio. EUR. Davon 2,5 Mio. EUR im Erfolgsplan und 6,3 Mio. EUR im Vermögensplan.

Durch den gemeinsamen Abwasser-Zweckverband „Am Walzbach“ wird der kostenträchtigste Teil mit Kläranlage, Verbandsammler, Regenrückhaltungen und Hebewerk dort abgebildet und als Umlage verrechnet. Im kommunalen Eigenbetrieb verbleiben daher nur das Kanalnetz sowie die kommunalen Regenrückhaltungen.

Satzung Abwasserbeseitigung

Der Vermögensplan folgt auch hier den Straßensanierungsmaßnahmen und Erschließungsmaßnahmen. Durch die neue Regenwasserkonzeption sind jedoch auch einige bauliche Veränderungen an den Wasserbehandlungsanlagen wie Schwellen zum Abschlag von Regenwasser oder den Rückhaltebecken erforderlich.

Für die Gegenfinanzierung ist eine Darlehensaufnahme von 6,0 Mio. EUR vorgesehen. Verpflichtungsermächtigungen sind mit 4,0 Mio. EUR für die weiteren Neubau- und Erneuerungsmaßnahmen der Leitungsinfrastruktur vorgesehen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde mit 600 TEUR veranschlagt.

Für das Jahr 2023 wurde die Gebühr für Schmutzwasser aufgrund einer Nachkalkulation rückwirkend auf 2,20 €/m³ und für

Wirtschaftsplan der Wasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2024

Feststellung des Wirtschaftsplans

3.		
a.	Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigungen) für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von	1.000.000 €
b.	Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen) in Höhe von	3.545.000 €
4.		
	Höchstbetrag der Kassenkredite	400.000 €

Wirtschaftsplan der Wasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2024

Gebühren

	2022	2023	2024
Wassergebühr (bezogenes Frischwasser)	2,21 €/m ³	2,78 €/m ³	2,82 €/m ³
Grundgebühr QN 2,5	6,00 €/Monat	6,00 €/Monat	6,00 €/Monat
Grundgebühr QN 6	15,00 €/Monat	15,00 €/Monat	15,00 €/Monat
Grundgebühr QN40	94,50 €/Monat	94,50 €/Monat	94,50 €/Monat
Grundgebühr QN60	150,00 €/Monat	150,00 €/Monat	150,00 €/Monat

Wirtschaftsplan der Abwasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2024

Feststellung des Wirtschaftsplans



Niederschlagswasser auf 0,60 €/m² gesenkt. Ab dem Jahr 2024 steigt nun die Schmutzwassergebühr auf 2,96 €/m³ und die des Niederschlagswassers auf 0,84 €/m². Hintergrund ist insbesondere die Ertüchtigung der Kläranlage, welche sich durch entsprechende Kostenerstattungen an den Abwasserverband auch in unseren Gebühren niederschlägt.

Schlusswort des Bürgermeisters

Sehr geehrte Damen und Herren, bei all diesen Darstellungen zu unserem kommunalen Haushaltsplan fehlen natürlich noch die nicht-monetären Themen wie der Ausbau der Windkraft, welcher sich je nachdem in künftigen Haushalten niederschlagen könnte oder eine PV-Anlage auf dem Baggersee und die Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft oder der Ausbau des Schienengüterverkehrs bei denen mehrere Trassenvarianten an der Autobahn auf Weingartener Gemarkung entlang laufen.

Dies musste ich zum Schluss noch erwähnen, weil es mir wichtig ist die großen kommunalpolitischen Aufgaben für das Jahr 2024 angesprochen zu haben. Und dies im Besonderen weil auch die Kommunalpolitik an sich 2024 im Fokus stehen wird. Mit der Kommunalwahl am 09. Juni haben die Parteien und Wählervereinigungen wieder den Auftrag Wahllisten zu erstellen. Und es ist immer wieder eine besondere Herausforderung für die Vorsitzenden Menschen zu finden, welche sich auf die jeweilige Liste setzen lassen.

Nun bei 5 Fraktionen im Gemeinderat sind das dann auch 90 Kandidatinnen und Kandidaten, welche gefunden sein wollen.

Und die Arbeit in unseren Gremien ist in und für Weingarten doch sehr umfangreich. Dabei möchte ich an dieser Stelle das besondere Engagement unserer Gemeinderäte hervorheben. Die umfangreichen Sitzungsunterlagen erfordern Zeit der Vorbereitung und auch

Wirtschaftsplan der Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2024

Feststellung des Wirtschaftsplans

1. <u>Erfolgsplan</u>		EUR
1.1	Gesamtbetrag der Erträge von	2.508.300,00
1.2	Gesamtbetrag der Aufwendungen von	-2.316.800,00
1.3	Veranschlagtes Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	191.500,00
2. <u>Liquiditätsplan</u>		EUR
2.1	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit von	2.372.500
2.2	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit von	-1.644.450
2.3	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Geschäftstätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	728.050
2.4	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	0
2.5	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-6.337.500
2.6	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-6.337.500
2.7	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-5.609.450
2.8	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	6.000.000
2.9	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	-710.750
2.10	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	5.289.250
2.11	Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-320.200

Wirtschaftsplan der Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2024

Feststellung des Wirtschaftsplans

3.		
a.	Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigungen) für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von	6.000.000 €
b.	Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen) in Höhe von	3.970.000 €
4.		
	Höchstbetrag der Kassenkredite	600.000 €

Wirtschaftsplan der Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2024

Gebühren

	2022	2023	2024
Schmutzwasser (bezogenes Frischwasser)	1,54 €/m ³	2,20 €/m ³	2,96 €/m ³
Niederschlagswasser (versiegelte Fläche)	0,18 €/m ²	0,60 €/m ²	0,84 €/m ²

die Diskussionskultur ist in Weingarten sehr ausgeprägt-im Ringen um die stets beste Lösung und zum Wohle unserer Gemeinde.

Insofern-ist und bleibt das Amt als Gemeinderätin und Gemeinderat eine interessante kommunalpolitische Aufgabe und ich kann nur dafür werben: Werden Sie Teil dieses Entscheidungsorgans unserer Gemeinde und gehen Sie auf die Parteien/Wählervereinigungen zu, wenn Sie sich kommunalpolitisch engagieren möchten.

Ich danke allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten - auch im Namen aller Bürgerinnen und Bürger von Weingarten - für Ihre Zeit, die intensive Mitarbeit und sachliche Streitkultur, wenn es darum geht die vielfältige Infrastruktur unserer Gemeinde zu erhalten und weiter zu entwickeln.

In jedem Fall freue mich auf eine weiterhin aktive und respektvolle Zusammenarbeit im Jahr 2024.

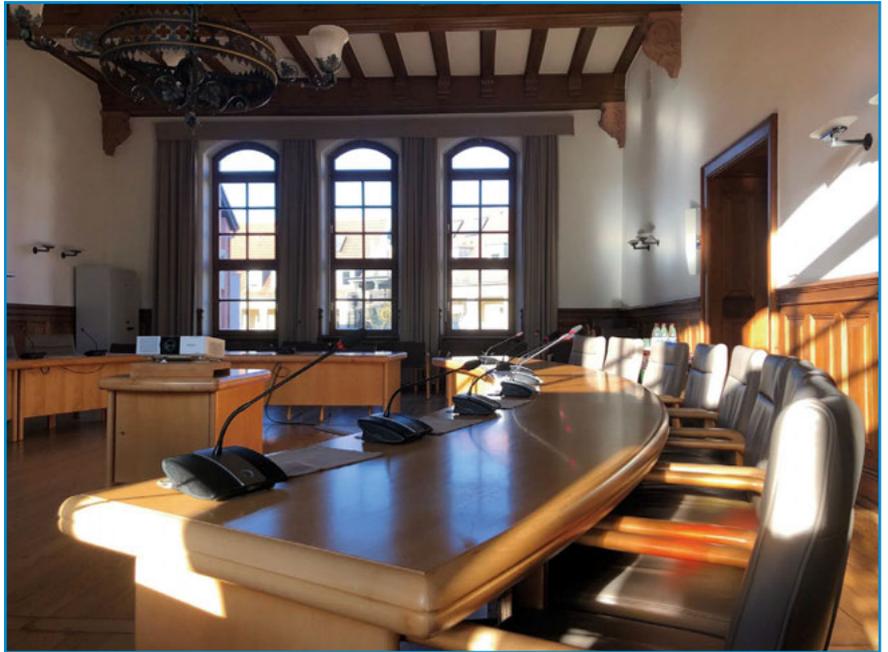
Unser besonderer Dank gilt allen ehrenamtlich engagierten Menschen. In unseren Vereinen, dem Ortsseniorenrat sowie in unseren Rettungsorganisationen: der Feuerwehr, dem Deutschen Roten Kreuz und dem DLRG für Ihren Beitrag zu unserer beispielhaften sozialen und kulturellen Vielfalt in Weingarten.

Und ich darf mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Gemeindeverwaltung für ihre Kontinuität und ihr Engagement zur Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens unter immer herausfordernden Rahmenbedingungen bedanken.

Ich danke unserem Kämmerer Herrn Schneider und seinem Team in der Finanzverwaltung ebenso wie allen Fachbereichsleitungen für ihre intensive Arbeit zur Erstellung des Haushaltsplanes. Nachdem die Stelle des stellvertretenden Kämmerers nun fast ein Jahr vakant war- wird der Nachfolger nun zum 01. März sein Amt antreten, womit die Schlagkraft alter Tage wieder hergestellt sein sollte.

Ich bitte nun die Fraktionen um ihre jeweiligen Stellungnahmen bevor wir über den vorliegenden Haushalt Beschluss fassen.

Danke.



Haushaltsrede der CDU-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Gerhard Fritscher



**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten
Damen und Herren,**

in einem schwierigen Umfeld, in einer Welt voller Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen, großer Verunsicherung, befindet sich unser Land in der Rezession und hinkt in vielen Bereichen hinterher, so die BNN vom 16.1.24. So rechnet der Verband DIHK für das laufende Jahr mit einem schrumpfenden Wachstum von 0,5 Prozent. Laut Volkswirten ist auch kurzfristig keine nachhaltige Erholung absehbar. Die fetten Jahre sind wohl fürs Erste vorbei. Unser Staat hat seine finanziellen Grenzen teilweise schon überschritten. Was sind die Ursachen, wo liegen die Gründe dafür? Energiekrise, gestiegene Verbraucherpreise, Fachkräftemangel, der Krieg in der Ukraine. Die Menschen in Deutschland sind unzufrieden mit der Politik. Die Bauern stehen mit dem Rücken zur Wand und gehen unter Einbringung von enormer Zeit und Kosten auf die Straßen. Und viele Bürger zeigen sich solidarisch mit unseren Bauern

und unterstützen diese erfreulicherweise sehr friedvoll ausgetragene Kritik. Wenn der Staat, die Regierung, nichts tut oder falsche Entscheidungen trifft, werden die Menschen wach und reagieren. Was aber das Schlimmste dabei ist, das Vertrauen in die Politik schwindet immer mehr. Fast dreiviertel unserer Bevölkerung sind gegen die Ampel-Regierung und fordern ein Umdenken und Umlenken in vielen Bereichen. Warum kann sich Deutschland nicht auch an anderen Ländern, wo es besser läuft, ein Beispiel nehmen? Wir denken hierbei auch ganz besonders an die Schulpolitik, an die notwendige Verschlinkung der Verwaltungen, die Reduzierung von unnötigen Vorschriften, die Vereinfachung von Abläufen und den Ausbau der Digitalisierung. Vertrauen ist die Basis für ein gutes Miteinander. Sie setzt aber eine offene Kommunikation, eine ehrliche Öffentlichkeitsarbeit, voraus. Auch das Aussprechen von unangenehmen Nachrichten gehört dazu. Unsere Bürger können damit viel besser umgehen, als dies von unseren Politikern oft angenommen wird. Wir müssen unsere Bürger offen und ehrlich über unsere Entscheidungskriterien informieren, uns der sachlichen Auseinandersetzung stellen und so die Demokratie verteidigen. Demokratie lebt aber auch von Beteiligung! Deshalb appellieren wir an alle Bürgerinnen und Bürger, vor allem auch an unsere junge Generation, sich für die Kommunalpolitik, für die anstehenden Themen in unserer Gemeinde zu interessieren und sich an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Deshalb rufen wir heute auch alle Wahlberechtigten besonders dazu auf, wählen zu gehen, sich an der Kommunalwahl und der Europawahl im Juni zu beteiligen.

Erfreulicherweise ist bei uns in Weingarten die Welt noch relativ in Ordnung. Gemeinsam haben wir viel erreicht. Weingarten steht im Vergleich zu anderen Gemeinden noch gut da. Wir haben zu unserer Ortslage, zu unserem schönen Ortskern, eine sehr gute Infrastruktur mit einem großen Vereins- und Kulturangebot. Und damit dies so bleibt, wollen wir auch in schwierigeren Zeiten die Zukunft

meistern. Positives Denken ist angesagt und wichtiger als je zuvor. Lassen Sie uns die weitere Gemeindeentwicklung gemeinsam mit Tatkraft angehen.

Haushalt 2024

Vor diesem politischen Hintergrund, haben wir auch in diesem Jahr wieder einen Haushalt zu verabschieden, der es in sich hat. Bgmst. Bänziger hat ihn im Rahmen seiner Neujahrsansprache als „Sparhaushalt“ betitelt. Ja, einen Sparhaushalt hat die CDU-Fraktion in den Vorberatungen gefordert, dieser Begriff kommt ursprünglich von uns. Aber mit rd. 15 Mio. EUR Investitionen ist das heute zur Verabschiedung anstehende Zahlenwerk kein echter Sparhaushalt. Trotz vorgenommener Einsparungen im konsumtiven Haushalt, beinhaltet der Haushalt 2024 noch viel Luft und Reserven. Teilweise bedingt durch die rechtlichen Vorgaben aber natürlich auch, weil wir Deutsche uns grundsätzlich gerne Reserven schaffen, um dann bei der Umsetzung beweglicher zu sein. Gegen Reserven ist grundsätzlich nichts einzuwenden, wenn am Jahresende das gewünschte positive Ergebnis erzielt wird.

Der Gesamtergebnishaushalt weist ein Volumen von 35.260.500 EUR aus und schließt nach unseren Forderungen erfreulicherweise mit einem „ordentlichen Ergebnis“ von 1.892.100 EUR (Vorjahr - 954.900 EUR) ab. Bedingt durch Grundstücksverkäufe, hauptsächlich im Baugebiet Kirchberg-Mittelweg und Gewerbegebiet Sandfeld, wird ein - im wahrsten Sinne des Wortes - „Sonderergebnis“ von sage und schreibe 7.868.800 EUR und somit ein Gesamtergebnis in Höhe von 9.708.900 EUR ausgewiesen. Dies zeigt aber auch die große Abhängigkeit von diesen beiden Baugebieten.

Etwas mehr als die Hälfte der Erträge erzielen wir über **Steuern**. Vor allem aus **Gewerbesteuer** und **Einkommenssteuer** mit je rd. 8 Mio. EUR. Durch die Bebauung des Gewerbegebiets „Sandfeld“ und des Wohngebiets „Kirchberg-Mittelweg“, erwarten wir für die Folgejahre deutliche Steigerungen. Diese Zusatzeinnahmen

benötigen wir aber auch dringend, um unsere geplanten Investitionen in unsere Infrastruktur finanzieren zu können.

Die **Grundsteuer (A+B)** liegt dagegen mit rd. 1,5 Mio. EUR relativ konstant und das soll auch in den Folgejahren so bleiben. Die CDU-Fraktion steht fest zu dem, auf unseren Antrag hin, einstimmig getroffenen Gemeinderatsbeschluss, den Hebesatz (heute 420 v.H.) dann zu reduzieren, wenn durch die neue Grundsteuerveranlagung die Steuerforderung der Gemeinde an ihre Bürger in Summe die heutigen Erträge übersteigen sollte. D.h. wir wollen die Grundsteuer einkommensneutral halten, wie dies auch Bundeskanzler Olaf Scholz vor Jahren noch in seiner Funktion als Finanzminister versprochen hat.

Der größte Kostenblock im Haushalt sind - wie kann es anders sein - die **Personalkosten**. Mit rd. 9,5 Mio. EUR sind diese - gegenüber dem letzten uns vorliegenden Ergebnis (IST 2022 rd. 6,5 Mio. EUR) - allerdings innerhalb von zwei Jahren um sage und schreibe 45,7% gestiegen! Neben deutlichen Personalzuwächsen, vor allem im Bereich der Kinderbetreuung und der Hausmeister, sind natürlich auch Leerstellen im Stellenplan beinhaltet. Vor dem Hintergrund des am Personalmarkt hart umkämpften Fachpersonals, können diese sicherlich nicht alle zeitnah besetzt werden. Zur Sicherung unserer Fachkräfte und zur Gewinnung neuer Mitarbeiter, sollten wir über Alleinstellungsmerkmale nachdenken, wie z.B.: Wertgutscheine oder Sachzuwendungen, die steuer- und sozialversicherungsfrei sind. Weil die anstehenden Arbeiten, die Pflichtaufgaben, vom vorhandenen Verwaltungsteam bewältigt werden müssen, sollten wir uns auf das Wesentlichste konzentrieren und unsere Ressourcen gezielt nutzen.

Der **Personalaufbau** innerhalb Ihrer Amtszeit, ich zitiere Sie Herr Bürgermeister vom Neujahrsempfang: „von 85 auf 185 Stellen“ (gemeint sind „Köpfe“ in Voll- und Teilzeit) macht uns nach wie vor Sorgen. Wo soll das denn noch hin führen? Wann gleichen organisatorische Verbesserungen und Entbürokratisierungsmaßnahmen das zur Erfüllung der erhöhten Anforderungen notwendige Mehrpersonal einer 10.600- Einwohner-Kommune finanziell aus? Wir sollten auch

nicht immer nur nach oben, auf Land, Bund und Europa schauen und dort die alleinigen Schuldigen suchen! Wir müssen uns an der eigenen Nase fassen und anpacken. Im Rahmen der Möglichkeiten eigene Lösungen suchen und Arbeitsreduzierungen ohne Mehrbelastung unserer Mitarbeiter und ohne zusätzliches Personal vornehmen.

Leider geht es aber mit den guten Ertragsergebnissen unseres Haushalts nicht so weiter. Die **mittelfristige Planung (2025-2027)** zeigt deutlich schlechtere Ergebnisse auf und mahnt uns, dass wir vor allem unsere Kostenentwicklung sehr genau im Auge behalten müssen. Vor dem Hintergrund unserer anstehenden Großprojekte, in erster Linie dem Schulhausneubau, müssen unabhängig von der Einstellung im Haushalt, alle Ausgaben auf den Prüfstand gestellt und dem Ziel, der Finanzierung des Schulkomplexes untergeordnet werden. „Kleinvieh macht auch Mist!“ Und gerade die Ausgabenpolitik in diesem Bereich sprechen wir ausdrücklich an, Herr Bürgermeister. Hier eine freiwillige Baumaßnahme, wie z.B. das teure Friedhofstor oder das Rebenpflanzbeet bei der Ampelanlage in der Waldbrücke, dort ein Fitnesspark für Senioren. Nicht zwingend notwendige Repräsentationskosten und die extrem angewachsene Turmberg-Rundschau mit kostenintensiven Jahresrückblick-Selbstdarstellungseinlagen etc., um nur einige Beispiele zu nennen. Unsere Kritik hat nichts mit Kleinkariertheit oder Geiz zu tun. Nein, wir sind nicht geizig, aber sparsam! Und dazu fordern wir Sie und die Verwaltung nachdrücklich auch auf. Die Gemeinde muss in dieser schwierigen Zeit besonders vorbildlich haushalten.

Wenden wir uns nun den wichtigsten Projekten unseres Haushalts zu.

Wie bereits erwähnt, hat für die CDU der **Schulhausneubau** hohe Priorität. Wenn auch noch lange nicht mit dem Bau begonnen werden kann, sind doch bereits Planungskosten von 1,5 Mio. EUR und mittelfristig 21,5 Mio. EUR für Planung und Bauausführung eingestellt. Bei unserer Stellungnahme zur Zustimmung für den Schulhausneubau auf dem Festplatz, in der Gemeinderatsitzung am 24.10.23, hat unsere Fraktion umgehend

die Beauftragung eines Projektmanager zur Überprüfung der prognostizierten Investitionskosten und der realistischen Zuschüsse gefordert. Leider bisher noch ohne sichtbaren Erfolg! Wir erwarten eine kurzfristige Entscheidungsvorlage, damit wir keine weitere wertvolle Zeit verlieren. Wir benötigen nun unbedingt Kostensicherheit. Die Uhr für unsere Schule tickt!

Gleichzeitig - und das ist auch Bestandteil unserer Schulhausneubau-Finanzierung - erwarten wir auch eine Machbarkeitsstudie für das heutige **Schulareal**. Die CDU sieht neben dem hohen Erlöspotential dort auch eine große gestalterische Chance für eine attraktive Bebauung, für eine attraktive Ortskerngestaltung und zur Lösung unserer Parkplatznot in der Ortsmitte.

Im Zusammenhang mit dem von einer Fraktion dieses Gemeinderats vehement geforderten **Mobilitätskonzepts**, mit Parkraumordnung und Parkraumbewirtschaftung im ganzen Ort, hat die CDU-Fraktion schon vor Jahren einen Antrag auf Lösung der Parksituation im Ortskern mit Schaffung von neuem Parkraum gefordert. Wir können nicht einerseits Parkplätze abbauen und andererseits für ein dann kleineres Parkplatzangebot noch Gebühren verlangen. Ausnahmen bestätigen die Regel. In der belebten Ortsmitte müssen wir schon zur Unterstützung unserer Ladengeschäfte die notwendigen Parkräume schaffen.

Das **Gewerbegebiet Sandfeld**, auf dessen Umlegung wir schon seit vielen Jahren warten, steht nun endlich vor der Erschließung. Vor allem die in diesem Jahr eingeplanten Verkaufserlöse von 4,4 Mio. EUR müssen erzielt werden, um den erwarteten Ergebnisüberschuss verzeichnen zu können. Wenn es uns gelingt dort zeitnah zukunftsorientierte und umweltfreundliche Betriebe anzusiedeln, lassen sich in den nächsten Jahren deutliche Gewerbesteuersteigerungen erzielen.

Ein großer Kostenblock ist auch die notwendige Renovierung der **Walzbachhalle** in Höhe von rd. 1,4 Mio. EUR. Wie wichtig unsere Mehrzweckhalle für unsere Gemeinde und vor allem für unsere Sportler ist, müssen wir hier nicht besonders erwähnen.

In diesem Zusammenhang war es nach vielen Jahren zwingend nötig die **Hallengebühren** anzupassen. Dies wurde bewusst wieder parallel mit den Anpassungen der Vereinsförderrichtlinien und hier ganz besonders der Jugendzuschüsse vorgenommen, so dass unsere Vereine die Mietsteigerungen verkraften können. Mit über 85% Kostenanteil trägt die Gemeinde zur Förderung unserer Vereine nach wie vor einen sehr hohen Anteil bei.

Sehr wichtig ist auch die angesetzte rd. 1 Mio. EUR für den **Hochwasserschutz**, für den Ausbau des Rückhaltebeckens am alten Schloss. Wir haben erlebt, welche negative Überraschungen der Klimawandel mit Hochwasser auch in Deutschland bringen kann. Ein solches Szenario müssen wir in Weingarten unbedingt vermeiden.

Nach wie vor wichtig ist der CDU auch die Umsetzung des vor Jahren vom Gemeinderat versprochenen **Freischwimmerbeckens** beim Hallenbad. Dafür sind 2 Mio. EUR im nächsten Jahr eingestellt. Ein Antrag auf Zuschuss aus dem Bundesprogramm wird noch in diesem Jahr gestellt. Dann müssen wir abwarten, ob und wann wir finanzielle Unterstützung bekommen können, denn ohne diese wird eine Umsetzung des von vielen Familien gewünschten Schwimmerbeckens nur schwer möglich sein.

Mindestens genauso wichtig ist uns die Sicherung der medizinischen Versorgung und in diesem Zusammenhang das seit vielen Jahren im Fokus stehende **Ärztelhaus**. Mit Unterstützung unseres Kreistagsabgeordneten und MdB Nicolas Zippelius haben wir Kontakte zu einem Investor aus der Region hergestellt, der bereits in anderen Gemeinden Ärztehäuser geplant und umgesetzt hat. Wir erwarten nun eine zügige Bearbeitung und Beauftragung, sodass wir vor dem Hintergrund unseres mittelfristig bedrohlichen Ärztemangels die medizinische Versorgung Weingartens langfristig sichern.

Zum Thema **Windkraft am hinteren Heuberg**, ist die Meinung unserer Frakti-

on klar. Diese haben wir auch in der letzten Ausgabe der TBR unter „Bericht aus den Fraktionen“ deutlich gemacht. Auch bei reizvollen Ertragsangeboten werden wir nicht umfallen. Der **Wald** ist längst keine Holzerlös-Einnahmequelle mehr. Er ist aber nach wie vor ein wichtiges Naherholungsgebiet und der geplante Zuschuss von 245 TEUR pro Jahr ist eine wichtige Investition für unsere Naherholung. Vorgesehen sind umfangreiche Maßnahmen zur zukunftssicheren Umstellung des Baumartenmix, um dem Klimawandel entgegen wirken zu können.

Unabhängig vom Für und Wider zu den Windrädern, müssen wir aber auch festhalten, dass Weingarten mit der Bundesstraße 3 und der Bahnlinie durch den Ort, der sechsspurigen Autobahn, der Erddeponie, dem Kiesabbau am Baggersee und der Erdölförderung schon genug belastet ist. Um unseren Anteil an der Energiewende beizutragen, setzen wir auf Photovoltaikanlagen und grundsätzlich auch auf die Geothermie, wie uns dies auch von namhaften Fachleuten empfohlen wird.

Mit der Installation von **Photovoltaikanlagen** auf den gemeindeeigenen Dächern sind wir allerdings noch nicht zufrieden. Auch die Ausdehnung auf private und vereins-eigene Dächer, aber auch auf Kirchendächer, könnte schneller vonstatten gehen. Wir erwarten, dass wir als Gemeinde eine Vorbildfunktion einnehmen und auch unsere Bürger, Vereine und Kirchengemeinden bei der Planung von möglichen Projekten aktiv unterstützen.

Die **Kindergartenplätze** in Weingarten sind aktuell grundsätzlich ausreichend, müssen aber den parallel verlaufenden Bauprojekten in der Ringstraße und am Ulmenplatz sowie dem anstehenden Neubaugebiet Breitwiesen I angepasst werden. Die in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudien für drei Standorte sollen uns aufzeigen, wo und wie wir die zukünftigen Anforderungen am besten umsetzen können. Das zeitliche Angebot hängt aber auch vom zur Verfügung

stehenden Betreuungspersonal ab. Hier müssen wir Mittel und Wege finden zukünftig noch flexibler zu werden, um den in einem Arbeitsverhältnis stehenden Eltern alle technisch und finanziell machbaren Möglichkeiten zu bieten.

Die Haushalte der **Wasserversorgung** und **Abwasserbeseitigung** sind geprägt von Investitionen zur Erschließung des Baugebiets Sandfeld sowie der Sanierung von Straßen, hauptsächlich des 3.BA der Burgstraße und der oberen Bahnhofstraße sowie der Sanierung der Hochbehälter Kirchberg und Sohl. Beide Wirtschaftspläne müssen grundsätzlich ausgeglichen sein und werden somit durch die Wasser- und Abwassergebühren finanziert. Dass diese nun leider wieder steigen, ist den notwendigen Investitionen in unseren Straßenbau geschuldet.

Zum Schluss unserer Stellungnahme wollen wir uns bei Ihnen Herr Bürgermeister, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, des Bauhofs und der Wasserversorgung für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr herzlich bedanken. Ihnen Herr Schneider und den Fachbereichen auch vielen Dank für die in diesem Jahr relativ zügigen und effektiven Beratungen zu diesem Haushalt. Gerne hätten wir ihn noch im alten Jahr verabschiedet. Lassen Sie uns zum Ziel setzen, dass wir dies beim nächsten Haushalt schaffen.

Unser ganz besonderer Dank gilt aber auch allen sozial tätigen Organisationen und Gruppen, wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem DRK, der DLRG, der Polizei, den Vereinen und allen Bürgerinnen und Bürger, die sich für den Erhalt unseres Gemeinwesens im Ehrenamt einsetzen. Für ihr Engagement im vergangenen Jahr nochmals danke.

Die CDU stimmt dem vorgelegten Haushalt und den Wirtschaftsplänen der Wasserversorgung zu.

Haushaltsrede der WBB-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Timo Martin



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger, Damen und Herren der Verwaltung, Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

In einer aufgewühlten Republik, die durch die Entscheidungen des höchsten deutschen Gerichts in die Staatsfinanzen und die daraus resultierenden Milliardenlöcher im Bundeshaushalt geprägt ist, sowie zahlreiche Regierungen im ständigen Krisenmodus, die mehr reagieren als agieren, präsentiert die Verwaltung von Weingarten einen Kommunalhaushalt für 2024, der aus Sicht der WBB-Fraktion zumindest vordergründig zu keinen Beanstandungen Anlass gibt.

Haushalt 2024: Investition von ca. 15 Mio. € im Jahr 2024

Mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 15 Millionen Euro dürfte unsere Gemeinde erneut zu den investitionsfreudigsten im Landkreis gehören, wenn man alle Parameter wie Einwohnerzahl, Verwaltungsgröße und Umfang der kommunalen Infrastruktur auf einen gemein-

samen Nenner bringt. Die Tatsache, dass die theoretisch ambitionösen Volumina des Kernhaushalts und der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe in den letzten Jahren kaum innerhalb der jeweiligen Berichtszeiträume umgesetzt wurden, erscheint angesichts des Fachkräftemangels und der übertragenen Aufgabenlast durch Bund und Land an die Kommunen wenig überraschend.

Im Gegensatz zur dauerhaften Kritik einiger politischer Mitbewerber nimmt die WBB-Fraktion die Erreichungsgrade der Ziele lediglich zur Kenntnis. Wir betrachten „Luft im Haushalt“ weniger negativ, da sie auch als Absicherung für mögliche Nachtragshaushalte dient. Unser Fokus liegt eindeutig auf dem politischen Willen zur Umsetzung einzelner Projekte, welcher grundsätzlich durch den Beschluss der Haushaltssatzung festgelegt wird.

Risiko Kirchberg-Mittelweg

Als Beispiele für Projekte von außerordentlicher Dauer und langfristiger Tragweite dienen die vor anderthalb Jahrzehnten beschlossenen Erschließungsgebiete, nämlich das Gewerbegebiet Sandfeld und das Baugebiet Kirchberg-Mittelweg. Insbesondere letzteres bleibt mit einem Gesamterschließungsaufwand von mindestens 15 Mio. € eine der bedeutendsten und zugleich unwägbaren finanziellen Positionen in unserem Planungszeitraum, wobei natürlich erhebliche Gegeneinnahmen im Zahlwerk integriert sind.

Erneute Sanierung von Gewerken der Generalsanierung der Walzbachhalle

Besonders bedauerlich ist die Notwendigkeit einer erneuten Sanierung der Südfassade der Walzbachhalle aufgrund von Wassereintritten und dem nicht fachgerechten Einbau von über einem Dutzend Brandschutztüren. Beide Gewerke zeigen nur 15 Jahre nach der knapp 3,8 Mio. € teuren Generalsanierung erhebliche Mängel, die vermutlich auf unsachgemäß durchgeführte Arbeiten oder das Nichtbeachten allgemein anerkannter

Regeln der Technik zurückzuführen sind. Noch bedauerlicher ist jedoch wahrscheinlich die unzureichende Bauabnahme seitens des mit der Bauüberwachung beauftragten Planungsbüros oder letztlich der damaligen Akteure der Verwaltung. Auf Nachfrage der WBB-Fraktion können weder das damalige Büro noch die ausführende Firma für den Regress herangezogen werden. Dies führt leider zu unnötigen finanziellen Belastungen für den Steuerzahler.

Nennenswerte Positionen 2024

Weitere nennenswerte Positionen im Haushalt sind auch die ersten größeren Ansätze für den geplanten Schulneubau. Zusätzlich sind beträchtliche Mittel für weitere Straßensanierungen vorgesehen, insbesondere für den letzten Sanierungsabschnitt der Burgstraße. Nicht zu unterschätzen sind auch die Zuschüsse zu privaten Investitionen im Rahmen der beiden bewilligten Sanierungsgebiete „Ortskern“ und „Jöhlinger Straße“, die sich auf über 1 Mio. € belaufen. Dabei sind jedoch 60% Förderungen des Landes gegenzurechnen.

Unsere Betrachtung - Investitionen versus Schuldenentwicklung:

Die divergierenden Ansichten zur Verschuldungs- und Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde haben in den letzten Jahrzehnten zu kontroversen Diskussionen und Standpunkten von Haushaltssprechern, Kämmerern, amtierenden Bürgermeistern und auch Teile der mitunter fachkundigen Bevölkerung geführt. Die Gründung der WBB im Jahr 1994 erfolgte nicht zuletzt aufgrund von Sorgen um die kommunalen Finanzen, insbesondere als die Gemeinde beispielsweise eine Stadtbahnrate nicht fristgerecht begleichen konnte.

Vergleichbarkeit zwischen den Kommunen:

Die WBB-Fraktion ist eindeutig der Meinung: Eine authentische Vergleichbarkeit der jeweiligen finanziellen Situationen

zwischen den Kommunen ist schlichtweg nicht möglich. Selbst wenn die lokale Tageszeitung dies mit zweifelhaften Zahlen, wie beispielsweise der unsäglichen „Pro-Kopf-Verschuldung“, immer wieder versucht, bleibt die Aussagekraft fragwürdig. Diese berücksichtigt auch nicht das Auslagern von Schulden vom Kernhaushalt in Eigenbetriebe oder gar Gesellschaften. Die Nichtvergleichbarkeit fußt nicht nur aufgrund der Tatsache völlig unterschiedlicher Infrastrukturen, sondern größtenteils auch wegen dem „teuren Vermögen“ unterhalb der Erdoberfläche. Wer kann schon annähernd beurteilen, in welchem Zustand und Sanierungsgrad sich die Ver- und Entsorgungsleitungen sowie Kanäle im Vergleich der Kommunen befinden? Hierzu zitiere ich gerne meinen eigenen häufig geäußerten Spruch:

„Der Bürger, der morgens zur Stadtbahn geht, macht sich vermutlich keine Gedanken darüber, ob das Abwasser unter ihm rechts oder linksherum fließt.“

Wir hoffen alle, mindestens nicht ins Erdreich, sonst befänden wir uns im Straftatbestand. Wir von der WBB sehen jedenfalls keinerlei Nutzen darin, derartige Vergleiche anzustellen.

Millioneninvestitionen in Zeiten der Nullzins-Politik: Alles richtig gemacht!

Die WBB schließt sich selbstverständlich der latent anhaltenden Kritik an der massiven Verschuldung an, viele nennen es auch „Überschuldung“. Es empfiehlt sich dennoch, genau zu betrachten, in welche Projekte wir kreditfinanziert investiert haben. Vielfach reden wir von dem geflügelten oder gar inflationären Wort „rentierliche Schulden“. Es trifft aber genau den Kern, und dieser darf oder muss auch positiv benannt werden. Unsere Fraktion empfindet und hier unterscheiden wir uns sicherlich von dem einen oder der anderen Haushaltssprecherin ein ausgesprochen positives, wenn auch häufig subjektives Gefühl in Bezug auf die umfangreichen getätigten Investitionen innerhalb der letzten Dekade. Diese gewinnen in der aktuellen Hochzinsphase und einer nie gekannten Inflation rückblickend noch mehr an substantieller Bedeutung. Denn während die Schulden durch die Geldentwertung der

Inflation im Prinzip heute weniger hoch sind, stiegen gleichzeitig die Löhne und Baukosten ins Unermessliche. Trotz Rekorderneuerungen haben wir nämlich in diesem Zeitraum die Verschuldungsgrade im Kernhaushalt und den Eigenbetrieben weiter und erheblich gesteigert. Im Gegenzug haben wir beträchtliche Vermögenswerte unserer Daseinsvorsorge nahezu zinsfrei finanziert, saniert und zukunftsfähig gemacht. Die Aufzählung der unzähligen Projekte und Baumaßnahmen würden den Rahmen unserer Stellungnahme sprengen.

Uns ist jedenfalls keine vergleichbare Gemeinde im weiten Umkreis bekannt, die in diesem Zeitraum ähnliche Investitionen von mehreren Dutzend Mio. € bewältigt hat. Diese Leistung ist auch personell betrachtet als beeindruckend und einzigartig zu bezeichnen.

„Schwarze Null“ & kaputte Infrastruktur?

Genug der euphorischen Lobpreisungen, nun zur Kehrseite-dem berechtigten Anliegen der vielbeschworenen „Schwarzen Null“. Diese erinnert stark an den kürzlich verstorbenen Staatsmann Wolfgang Schäuble und steht für eine Haushaltspolitik, bei der der Staatshaushalt ohne Neuverschuldung oder mit einem ausgeglichenen Haushalt geführt wird, um die finanzielle Stabilität des Landes zu gewährleisten. Diese Zielsetzung kann selbstverständlich auch auf die kommunale Ebene übertragen werden. Doch was nützt die „Schwarze Null“, wenn dringend benötigte Investitionen in die Infrastruktur ausbleiben und diese sprichwörtlich kaputtgespart wurde? Baustellen und Sperrungen lähmen das Land täglich, auch volkswirtschaftlich gesehen.

Möglicherweise wird die Lokalpresse zukünftig alternative Vergleiche präsentieren. Ebenso könnten einige finanzpolitische Schwarzseher im Gremium eines Besseren belehrt werden, wenn vermeintlich schuldenarme Kommunen eines Tages den erheblichen Nachholbedarf ihrer kommunalen Infrastruktur finanziell und personell bewältigen müssen.

Projekte werden nicht weniger (komplex)-im Gegenteil!

Das größte Problem für Weingarten besteht darin, dass die Projekte nicht kleiner oder weniger komplex werden-im Gegenteil: In der mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2025-2027 für den Kernhaushalt und die Eigenbetriebe, einschließlich des gemeinsam mit der Gemeinde Walzbachtal betriebenen Klärwerks, ist eine enorm hohe und personell anspruchsvolle Investitionssumme von über 120 Mio. € veranschlagt. Allerdings steht auch hier eine hohe zweistellige Millionen-Eigenkapitalquote gegenüber, sofern die Einnahmen und die Vermögensumschichtung tatsächlich im geplanten Umfang so realisierbar-und vor allem auch politisch so gewollt sind!

40-50 Mio. €: Schulneubau & dessen Finanzierung

Die wohl größte Investition aller Zeiten betrifft den geplanten Schulneubau auf dem Festplatzareal, mit einer voraussichtlichen Kostenbandbreite von 40-50 Mio. €, Betonung ‚Stand heute‘, bei einer momentan noch völlig offenen Förderkulisse. Diese wird in abflauenden Konjunkturzeiten und dem erwähnten Urteil des Verfassungsgerichts, verbunden mit den Milliarden-Haushaltslöchern, sicherlich kaum besser. Aktuelle Schätzungen zufolge dürfte die Förderung unter 10 Mio. € liegen, im besten Fall unter 25%. Zudem ist in der Mittelfrist-Planung in dem benannten dreistelligen Mio.-Betrag der Schulneubau sogar nur zu rund der Hälfte enthalten (!).

Kreditwürdigkeit, Schuldendienst & Gebühren

Das bedeutet, dass finanziell die Haushalte nach 2028 ff aus heutiger Sicht kaum darstellbar sind. Es geht, wie im privaten Umfeld, nicht nur um die eigentliche Kreditwürdigkeit, sondern um die jährlich zu stemmenden Gesamtbelastungen für Zins und Tilgung. Im Kernhaushalt im Jahr 2024, wohlgermerkt nach der Nullzinsphase und einem Bruchteil der zu erwartenden künftigen Schulden, belaufen sich diese bereits auf die Größenordnung von 760 Tsd. € oder in der kommunalen Währung umgerechnet auf rund sieben Kinderbetreuungsgruppen. Dies ist viel Geld, das wiederum für keine anderen Zwecke zur Verfügung steht, noch weni-

ger für Freiwilligkeitsleistungen wie die routinemäßig vor Kommunalwahlen aufgewärmte Debatte um ein neues, großes Freibad-Außenbecken, von vermeintlichen Entlastungsstraßen durch die Breitwiesen ganz zu schweigen. Die erhebliche Verschuldungen der Eigenbetriebe ist hier gar nicht enthalten; diese spiegelt sich nämlich in den jeweiligen Gebührekalkulationen und damit den Jahresrechnungen der Verbraucher wider. Allein das Großprojekt „Klärwerksumbau“ wird in Zukunft die Gebührenzahler in ganz anderen Dimensionen belasten.

Keine breite Unterstützung für neuen Schulstandort

Zurück zur Schule und der Standort-Entscheidung: Nach rund acht Jahren Anlauf, Gespräche, Irrungen und Wirrungen seit dem ersten „Brandbrief“ der Schulleitung bezüglich der massiven Kapazitätsprobleme wurde endlich der mit Spannung erwartete Grundsatzbeschluss zum künftigen Schulstandort vor mehreren hundert Zuschauern getroffen. Die Bewertungen und Vergleiche des historischen Standorts im Ortskern mit dem Areal Festplatz waren aus Sicht der WBB-Fraktion verwaltungsseitig und von Seiten der Schulleitung hervorragend aufbereitet. Nach sorgfältiger Abwägung aller belastbaren Zahlen und Fakten kam für unsere Fraktion und die Mehrheit des Gemeinderates die eindeutige Erkenntnis, dass bei ähnlichem Gesamtvolumen im Prinzip nur der Festplatz als zukunftsfähiger Standort in Betracht kommt.

Substanz der Gebäude & jahrelange Umbauphasen keine Alternativen

Das Hauptkriterium für die WBB-Fraktion ist insbesondere die nicht vorstellbare, lange Jahre anhaltende Umbauphase im laufenden Schulbetrieb, verbunden mit vielen kostenintensiven Provisorien und Überraschungen, die Altbausanierungen mit sich bringen. Unabhängig von künftigen Bildungspolitiken und Regierungskoalitionen setzen wir darauf, zukunftssträchtige und vor allem flexible Raumkapazitäten zu schaffen, um den steigenden Schülerzahlen und Mehrzügigkeiten gerecht zu werden. Durch eine verbesserte Raumnutzung und insgesamt weniger Flächenbedarf werden

die künftigen Bewirtschaftungskosten deutlich vorteilhafter für die jährlichen Haushalte ausfallen. Vermeintlich kostengünstigere Lösungen, beispielsweise der Erhalt der Grundschule im Ortskern, lehnen wir ab, da diese Vorschläge nicht substanzvoll und angesichts der zu erwartenden Ganztagesgrundschule mit völlig verändertem Raumbedarf schlicht nicht umsetzbar oder zukunftsfähig sind.

Breite politische Unterstützung zum Schulstandort wünschenswert

Der Abend der finalen Entscheidung in der vollbesetzten Walzbachhalle hätte nach Jahren der Diskussionen und Verwerfungen von Plänen ein positiver und würdiger Meilenstein sein können. Hätte sein können! Doch dieser Moment wurde von zwei wesentlichen Aspekten getrübt: Erstens stimmten nur zwei Fraktionen, neben der WBB auch die SPD, geschlossen für den Standort am Festplatz. Damit scheint es, ähnlich der früheren Entscheidung zur Freibadverlagerung, an einer breiten politischen Unterstützung bei einem solchen Großprojekt erneut zu mangeln.

Finanzmysterium: Rätselraten um die Geldquellen

Zweiter Wehrmutstropfen, wobei der „Tropfen“ sehr, sehr stark untertrieben ist: Die völlige Unkenntnis einer möglichen Finanzierung! Die Verwaltung hat trotz vorheriger Zusage, bei der Generalentscheidung bereits belastbare Finanzierungsvorschläge präsentieren zu können, außer einem Sammelsurium von Eventualitäten und spekulativen Themen keinerlei Lösungen darstellen können, schon gar nicht in der benötigten Größenordnung. Dies wird auch durch die auf der Gemeindehomepage veröffentlichte Präsentation zum Schulneubau (Sitzung vom 24.10.2023) verdeutlicht. Wie kann eine Kommune dieser Größenordnung auch nur ansatzweise ein solches Projekt finanziell stemmen und dabei die zahlreichen anderen und immer zahlreicher werdenden Pflichtaufgaben nicht vernachlässigen?

Das ist die Kernfrage dieses Haushalts, oder besser gesagt aller Haushalte bis mindestens Ende des Jahrzehnts, und

vermutlich weit darüber hinaus!

Beispiel für fehlende Debatten-Kultur: Flächenverpachtung Windkraft

Welche Einnahmemöglichkeiten haben wir? Ein Beispiel dafür, wie man es nicht macht, zeigt die unsägliche und seit über sieben Jahren andauernde Windkraftdebatte mit einem Bürgermeister an der Spitze, der bei diesem Thema trotz der Aussicht auf hohe Pachterlöse ein, aus unserer Sicht, schwaches und wankelmütiges Bild abgibt.

Möglichkeit hoher Pachterlöse vorzeitig verzoct

Wir betonen erneut, dass in Weingarten ausschließlich über die Verpachtung kommunaler Flächen entschieden werden kann. Gleichzeitig und analog zur geplanten Erdölförderung entscheiden wir, ob die Pachterlöse sozialisiert und der Bevölkerung zugutekommen oder ob einzelne private Grundstückseigentümer davon zu Lasten der Allgemeinheit profitieren. Durch die rechtskräftige Ausweisung der Windkraft- Vorrangfläche, die ursprünglich sogar und aus heutiger Sicht unerklärlicherweise von einer überwältigenden Mehrheit dieses Gemeinderates mit positivem Votum beschlossen wurde, können Anlagen bei Verfügbarkeit von Grundstücken durch Projektierer oder Investoren nicht mehr verhindert werden. Das Ziel der Gemeinde muss daher zwingend sein, die größtmöglichen Pachterlöse selbst zu generieren. Leider haben wir durch den, aus unserer Sicht ausschließlich ideologiebasierten und äußerst knappen Beschluss „Kein Wald für Windkraft“ des Gemeinderates im Juni 2021, damals initiiert von CDU, SPD und FDP, bereits einen hohen sechsstelligen Betrag nachhaltig und über viele Jahre verloren!

Geld, das unseren Bürgern fortan fehlt!

Seit der vorzeitigen Ablehnung der optimalen Waldstandorte hat der Projektierer unumkehrbare Planungsänderungen vorgenommen: Statt der ursprünglich geplanten drei Waldstandorte stehen nun nur noch zwei zur Option. Hingegen plant er drei Anlagen auf den Feldern, anstelle der zuvor vorgesehenen zwei. Die-

se Anpassungen tangieren nicht nur die Bevölkerung unserer Nachbargemeinde Jöhlingen stärker, sondern führen aus kommunaler Perspektive bereits vor fundierten Debatten zu erheblichen Mindererlösen, da die Gemeinde außerhalb des Waldes lediglich einen Flächenanteil von etwa 30 Prozent besitzt.

Abwägung der Waldstandorte

Um keine falschen Gedanken aufkommen zu lassen: Auch für uns ist unser Wald ein hohes Gut, mit dem sorgsam umzugehen ist. Es war für uns bereits in früheren Jahren keine leichte Entscheidung, für die Rodung von über 5 ha Wald für den Lärmschutzwall zu stimmen. Ebenso haben wir deutlich gemacht, dass es nach der letzten Erweiterung des Baggersees um 6 ha Wald keine Fortsetzung der Kiesentnahme mehr geben wird. Wir verschließen die Augen angesichts der Energiekrise nicht.

Drei Windräder werden mit oder ohne kommunale Flächen kommen, so zumindest die verwaltungsrechtliche Situation

Daher ist bei einer kommunalen Gesamtwaldfläche von rund 1.067 ha das Opfer von 2-3 ha Wald, der auszugleichen ist, für die noch möglichen zwei Windräder im Gemeindewald vielleicht ein schmerzhafter, aber notwendiger Beitrag beim Bemühen um mehr Autarkie und finanzielle Ressourcen.

Apell: Wahre Ablehnungsgründe benennen!

Wir möchten an dieser Stelle auch an den Appell unseres geschätzten und profunden Mitbürgers Karl-Friedrich Ziegahn im Rahmen des Energiedialogforums erinnern. Er forderte die Windkraftgegner dazu auf, ihre wahren Motive zu benennen-eine weitere Möglichkeit der Versachlichung. Wird der Natur- und Artenschutz nur als „Verhinderungswerkzeug“ missbraucht, oder geht es wirklich um diesen? Dann dürften die Amphibien-schützer, die bei Wind und Wetter entlang der B3 ihren Freiwilligendienst versehen, normalerweise keine Nachwuchssorgen haben.

Fakten für gewissenhafte Entschei-

dung liegen weitgehend vor

Nun liegen zwischenzeitlich sämtliche relevanten Zahlen und Fakten vor, basierend auf dem von der WBB-Fraktion beantragten und durchgeführten Energiedialog, den beiden Naturschutzgutachten des Projektierers und der Dagegen-Initiative, dem Gutachten zur Windhöflichkeit sowie den konkreten Pachtangeboten. Dies sind nun einmal die Fakten, auch wenn andere Fraktionen das vermeintliche Fehlen neuer Fakten nun als ihre eigenen Fakten ummünzen und der Öffentlichkeit verkaufen wollen.

Konstruktive und aufwändige Fraktionsarbeit der Bürgerbewegung

Die WBB-Fraktion hatte dagegen 12 weitere Sachverhalte und Stellungnahmen, darunter als erste Fraktion die Forderung nach öffentlicher Vorstellung des „Gegenwind-Gutachtens“, in einem Antrag gebündelt, um eine allumfassende und vor allem neutral zu bewertende Sitzungsvorlage für die finalen Abstimmungen zu erhalten. Ein weiterer Vorschlag der WBB-Fraktion war es im Rahmen der Sitzung, verwaltungsseitig einen Stichtag zu benennen, zu dem alle Fraktionen die aus ihrer Sicht noch offenen, zu klärenden Punkte einreichen können, damit diese fachgerecht für die anstehenden Entscheidungen aufbereitet werden können.

Zögern, zaudern, verhindern, nicht-entscheiden...

Neben dem gesamten Antrag wurde auch dieser Vorschlag ohne Begründung oder inhaltlicher Debatte schlicht und kategorisch abgelehnt. Erst recht verwundert zeigen wir uns wenige Tage später beim Studium der Stellungnahmen der Fraktionen im Amtsblatt. Die CDU schreibt, dass für eine „Bewertung der Gesamtsituation“ zuerst alle Pro- und Contra-Fakten auf den Tisch müssen. Dies entspricht genau unserem Vorschlag, der Tage zuvor abgelehnt wurde. Die FDP hatte es in ihrer Stellungnahme noch treffender formuliert und schließt sich selbst mit ihrer Überschrift wohl nicht aus: „Willkommen in der Welt der Widersprüche“. Solange der Strom aus der Steckdose kommt, wird das Thema erneut ohne

Entscheidungen durch die ablehnende Gemeinderatsmehrheit aus CDU, SPD und FDP weiter ausgesessen, unterstützt vom sich ein weiteres Mal enthaltenden Bürgermeister.

Déjà-vu bei Klimaschutzziele & Energie-Autarkie:

Ein Déjà-vu erleben wir auch bei einem anderen Transformations-Thema, der möglichen Errichtung einer schwimmenden Photovoltaikanlage auf dem Baggersee.

Durch den Vorteil, dass weder forst- noch landwirtschaftliche Flächen verloren gehen, wurde seitens der Verwaltung bereits im September 2020, also auch schon wieder vor dreieinhalb Jahren, einem schwäbischen Investor angeboten, seine diesbezügliche Konzeption in einer öffentlichen Sitzung vorzustellen und zu erläutern. Zwischenzeitlich gibt es auch Studien des Ifo Instituts Freiburg, die die Auswirkungen der Natureingriffe, aber auch viele Vorteile in der Entwicklung der Gewässerökologie festgestellt haben.

Obwohl im Herbst 2023 von unserem Klimaschutzmanager sogar noch eine Exkursion für den Gemeinderat und Vertreter des Anglervereins im pfälzischen Leimersheim organisiert wurde, positionierte sich dieselbe Gemeinderatsmehrheit laut den Fraktionsstellungen im Amtsblatt schon vor Jahren, ebenso wieder ohne jegliche inhaltliche Auseinandersetzung im Gremium, auch dieser Zukunftsalternative von vorneherein ablehnend.

Forderung nach ernsthafter Auseinandersetzung mit Zukunftsthemen:

Ob also Windkraft oder großflächige Photovoltaik, von dem Potential der Geothermie ganz zu schweigen, diese Zukunftsthemen, denen wir uns nicht verweigern können, sind nicht nur Eckpfeiler unserer angestrebten Klimaneutralität 2035, sondern eröffnen Perspektiven auf Millionen-erlöse. Diese sind in Sachen Pächterlöse nicht, wie von der CDU im Amtsblatt betitelt, „unmoralisch“, sondern unterliegen schlichtweg den Gesetzmäßigkeiten des Marktes. Weitere Vorteile durch Beteili-

gungs- und Betreibermodelle, bis hin zur Option einer Bürgerenergiegenossenschaft und vergünstigten Strom für alle unsere Einwohner wurden bisher nicht mal ansatzweise im Gremium erörtert.

Unsere Fraktion fordert daher die Abkehr von der bisher gezeigten Verweigerungshaltung, dem permanenten Misstrauen Investoren gegenüber, die ernsthafte und seriöse Befassung mit den Themen der Zeit, damit auch die Gegenfinanzierung der anfangs geschilderten Großprojekte nicht nur Worthülsen bleiben. Eigene konstruktive Vorschläge sind ebenso immer willkommen!

Weiter erwarten wir von der WBB endlich einen Bürgermeister, der nicht einfach unkoordiniert ein Gremium machen lässt, sondern für die gemeinsamen Ziele und Beschlüsse mutig und engagiert vorangeht, sich bei entscheidenden Zukunftsfragen nicht enthält! Hierzu gehört auch die Verlässlichkeit der getroffenen Zusage auf der Einwohnerversammlung, die Waldstandorte einer erneuten Entscheidung zuzuführen.

Neuer Gemeinderat bedarf einer anderen Schlagzahl!

Bekanntermaßen werden Bürgermeister, Verwaltung und Gemeinderat ausschließlich an Lösungen gemessen, nicht an dauerhaftem und bereits penetrantem Benennen der Probleme. Es sind Vorschläge und konstruktives Zutun gefragt, anstatt zu zögern, zu zaudern und zu verhindern. Viele mahnende Zeigefinger, wie wir sie sicherlich auch in diesen Haushaltsreden wieder vernehmen werden, aufgrund der zu erwartenden desaströsen Finanzen der nächsten Jahre, beinhalten ebenfalls keinerlei Lösungsansätze.

Gleiches gilt für das Zurücklehnen am Ratstisch, das Warten auf vermeintliche Lösungen, die vom Himmel fallen, und

die inflationären Hinweise von vermeintlich roten Linien. Die generelle Transformation, unsere Klimaschutzziele, aber auch Großprojekte wie der Schulneubau erfordern künftig aus Sicht der WBB-Fraktion eine deutlich höhere Schlagzahl und Bereitschaft. Analog zu anderen Kommunen und deren Gemeinderäten müssen wir energischer vorgehen, für Veränderungen bereit sein und neuen Themen grundsätzlich erst einmal offen, unvoreingenommen und ideologiefrei gegenüberstehen. Es hilft nicht mehr, nur Nein zu sagen oder in Dauerschleife zu betonen, was alles nicht geht. Das gilt im Übrigen auch für Teile der Verwaltung!

Kommunalpolitik für künftige Generationen-Kommunalwahl 2024

Dieses Gremium trägt eine immense Verantwortung für den Gestaltungs- und Lebensraum kommender Generationen. Wir empfinden es als äußerst problematisch, dass die künftigen Generationen praktisch nicht mehr am Ratstisch vertreten sind. Aktuell liegt der Altersdurchschnitt dieses Gremiums bei knapp 64 Jahren, wenn man die WBB-Fraktion mit ihrem vergleichsweise schon jugendlich anmutenden Durchschnittsalter von 46,5 Jahren mal außen vor lässt. Fünf jüngere Ratsmitglieder haben oder werden aus verschiedenen Gründen das Gremium am Ende der Legislaturperiode verlassen, wodurch auch ihr Erfahrungsschatz für die kommenden Generationen wieder verloren geht. Leider betrifft dies auch unsere Fraktion. Bei der Befragung zu den Gründen wird deutlich, dass es unter anderem die oben genannten Debatten (- oder Nichtdebatten) sind, die, ähnlich dem Mobilitätskonzept, kaum mehr sachlich und faktenbasiert geführt werden und letztlich wertvolle Lebenszeit in Anspruch nehmen.

Wir bleiben zuversichtlich und haben vor, für die Kommunalwahl im Juni 2024 eine Liste mit neuen engagierten und

wissbegierigen Köpfen vorzustellen, die unsere bewährten Ideale und politische Grundhaltung teilen und weiterführen. Unser Ziel ist es, fernab von Parteipolitik, Herausforderungen mit einer positiven Grundhaltung und Sachlichkeit anzugehen.

Wir sagen Danke!

An dieser Stelle möchten wir den Kandidierenden aller Listen unseren Dank aussprechen, die grundsätzlich bereit sind, in diesen polarisierenden Zeiten ein Ehrenamt zu übernehmen, dem leider immer weniger Ehre zuteilwird.

Unser herzlicher Dank gilt ebenso allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich in Vereinen, Initiativen, der Nachbarschaftshilfe, in Kirchen oder sozialen Verbänden-oder wo auch immer-für die Allgemeinheit engagieren und dabei viel Lebenszeit investieren. Mit unserem kürzlich eingereichten Antrag auf Änderung der Ehrenordnung möchten wir den unbezahlbaren Wert des Ehrenamts, besonders in Baden-Württemberg stark ausgeprägt, weiter würdigen.

Ein weiterer Dank gebührt allen Mitarbeitenden der Verwaltung mit Bürgermeister Bänziger an der Spitze, des Bauhofs und unseren Eigenbetrieben, die täglich bemüht sind, unser Dorf lebenswert zu gestalten oder, wie es in Corona-Zeiten hieß, „am Laufen zu halten“.

Wir stimmen selbsterklärend der Verwaltungsvorlage mit unseren Ausführungen und damit der Haushaltssatzung 2024 zu, ebenso den Wirtschaftsplänen der beiden Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Haushaltsrede der Fraktion der Grünen Liste Weingarten

gehalten von Gemeinderat Axel Hammen



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats und der Verwaltung, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Lassen Sie mich mit einem Dank an meine Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats beginnen. Wir sind zwar nicht immer einer Meinung, aber die Diskussionen verlaufen immer fair. Und das ist in den Zeiten mit zunehmendem Populismus, Rassismus und Rechtsextremismus, die inzwischen unsere Demokratie gefährden, keine Selbstverständlichkeit mehr. Auch bei uns gibt es z.B. Reichsbürger, die unser System und die Demokratie abschaffen wollen, was ja auch die AFD will. Alternativen werden dabei keine geboten. Es ist deshalb auch bei uns sehr wichtig, dass sich möglichst viele Personen dagegen stemmen und sich für die Gemeinschaft engagieren.

Ich darf nach dieser Einführung noch vorwegnehmen: **Der Haushalt 2024**

steht solide da, sodass die Grüne Liste Weingarten diesem Haushalt sowie den Wirtschaftsplänen unserer Eigenbetriebe zustimmen wird. Mittel- bis langfristig warten allerdings große Aufgaben und Herausforderungen auf die Gemeinde Weingarten. Zum Teil ist noch unklar, wie diese finanziert werden sollen. Doch dazu komme ich später.

Beginnen wir mit dem **Klimaschutz**

Aufgrund anderer Themen und Krisen - wie Corona, Ukraine, Israel, Rechtsextremismus, um nur einige zu nennen - gerät das Thema **Klimaerwärmung** aus dem Fokus. Ich bin überzeugt davon, dass es in Zukunft das zentrale Thema sein wird, das unser aller Leben deutlich beeinflussen wird, primär durch Klimaveränderungen und Extremereignisse, sekundär z.B. durch Klimaflüchtlinge, in deren Land das Leben nicht mehr möglich sein wird und die dann z.B. nach Europa und Deutschland flüchten müssen. Jeden Euro, den wir heute in den Klimaschutz investieren, sparen wir doppelt und dreifach in der Zukunft. Oder: Jeden heute gesparten Euro werden unsere Nachfahren teuer bezahlen!

Zur Einordnung: das Jahr 2022 war in Baden-Württemberg um 2,5 °C wärmer als der Zeitraum 1961-1990! Die Wissenschaft warnt immer eindringlicher vor dem Erreichen sogenannter Kipppunkte und den Folgen, die wir dann nicht mehr beherrschen können. Das Interesse in der Öffentlichkeit und in der Politik nimmt aber nicht zu, sondern lässt nach. Obwohl, da ist die Wissenschaft eindeutig, Maßnahmen zur Emissionsreduzierung immer dringlicher werden und alternativlos sind, wird immer noch verzögert und verschleppt.

Außerdem werden fossile Energien nach wie vor subventioniert. Hitzewellen und Starkregen betreffen auch Deutschland. Weingarten ist bis jetzt glimpflich

davon gekommen, trotzdem sind die Auswirkungen deutlich sichtbar: durch Hitze und Trockenheit in unserem Wald. Auch Weingarten muss seine Emissionen dringend reduzieren, wenngleich das nicht von allen im Gemeinderat, wie z.B. Äußerungen aus der CDU-Fraktion zeigen, als wichtig angesehen wird.

Wir begrüßen es sehr, dass im kommunalen Bereich in den nächsten 4 Jahren 1,9 Mio. € für **Photovoltaikanlagen** eingeplant sind, davon alleine 457.000 € in 2024. Diese Anlagen tragen nicht nur zum Umbau zu erneuerbaren Energien bei. Langfristig rentieren sich diese Investitionen sogar finanziell und entlasten unseren Haushalt in Zukunft signifikant.

Windenergie: Es wäre schön, wenn wir keine Windenergieanlagen (WEA) bei uns bräuchten. Tatsache ist, dass in Süddeutschland der Ausbau der Windenergie viel zu schleppend voran geht, obwohl hier viel Energie gebraucht wird. Die Kosten sind deutlich günstiger als für fossile Energien, deren Folgekosten noch nicht einmal eingerechnet und von der Allgemeinheit zu tragen sind.

Wahrscheinlich werden bei uns drei WEA außerhalb des Waldes errichtet werden. Allerdings wird unsere Gemeinde nur wenig davon profitieren! Warum? Vor ein paar Jahren fasste der Gemeinderat, ohne Not, ohne die naturschutzfachlichen Fakten zu kennen und die finanziellen Folgen zu erahnen, voreilig mit den Stimmen der CDU, FDP, SPD und dem Bürgermeister, also damals mit 10:9, den sehr knappen Beschluss, dass im gemeindeeigenen Wald keine WEA errichtet werden sollen. Die Folge: Die ENBW plante die Standorte so um, dass keine der drei Anlagen auf Gemeindegrundstücken errichtet werden wird. Und dadurch entgehen der Gemeinde Pachteinahmen in mittlerer Millionenhöhe (!), die dringend benötigt werden!

Offen sind jetzt noch zwei Standorte im Wald. Das Naturschutzfachliche Gutachten der ENBW hat ergeben, dass die WEA beider Standorte genehmigungsfähig wären. In Weingarten müssen wir einen Schulneubau, der 40-50 Mio. € kosten wird, finanzieren und ich postuliere: Das wird ohne die Einnahmen aus der Windenergie nur sehr schwer, wenn überhaupt, möglich sein. Speziell die CDU und die FDP schauen immer sehr genau auf die Finanzen, sind aber bisher gegen die Errichtung der WEA im Wald. Da die Einnahmen für die Gemeinde durch die Waldstandorte deutlich höher als bei den Freiflächenanlagen sein werden - wir sprechen bei den beiden Standorten von Einnahmen in zweistelliger Millionenhöhe (!) - ist der Schulneubau mit den beiden Waldstandorten für die Windenergie eng verknüpft.

Gebäudesanierung und Wärmezeugung

Für die **Sanierung öffentlicher Gebäude** sind im Haushalt bis 2027 0,9 Mio. € eingestellt, sodass wir im kommunalen Bereich der Klimaneutralität bis 2030 einen großen Schritt näher kommen.

Und dieses Jahr soll dem Gemeinderat für den kommunalen und privaten Bereich ein Energie- und Wärmeplan vorgestellt werden. Dann weiß jeder z.B. welche Heizung für sein Gebäude am besten geeignet ist und kann entsprechend planen.

Anpassung an die Folgen der Klimaerwärmung: Trotz aller Bemühungen wird die Klimaerwärmung fortschreiten und auch bei uns wird es immer heißer werden. Das Umweltbundesamt hat 2021 veröffentlicht, dass sich unsere Region klimatisch gesehen bereits bei Lyon befindet und wir in 40 Jahren in Mittelitalien liegen werden, verglichen natürlich mit den Verhältnissen vor Beginn der Klimaerwärmung! Das alleine ist an sich kein Problem. Die Herausforderung ist die Geschwindigkeit der Veränderungen, an die sich unsere Infrastruktur und unsere Ökosysteme anpassen müssen. Ob und wie dies gelingt, ist fraglich.

So wird es unseren Wald in Zukunft, so wie wir ihn kennen, nicht mehr geben, denn im mediterranen Klima wachsen bekanntlich andere Baumarten.

In diesem Zusammenhang einen kurzen Exkurs zum Forst. Die Anpassung unseres Waldes an den Klimawandel wird eine große Herausforderung und ein deutliches Zuschussgeschäft sein. Gut investiertes Geld, denn unser Wald dient uns der Erholung und dämpft zumindest lokal die Klimaerwärmung. Baumarten, die an die zunehmende Trockenheit angepasst sind, gehören die Zukunft. Wenn möglich sollte eine Naturverjüngung angestrebt werden, die aber mit neuen Baumarten kaum möglich sein wird.

Als Anpassungsmaßnahme an extreme Starkniederschläge sollen bis 2027 4,6 Mio. €, davon 1,9 Mio. € an Förderung, in den **Hochwasserschutz** fließen. Vorausschauend investiertes Geld, das vor allem dem Oberdorf im Ernstfall helfen wird.

Klimaanpassung steckt ansonsten bei uns erst in den Kinderschuhen und Anpassungsmaßnahmen dauern sehr lange und werden bei uns bisher nicht aktiv angegangen. Deshalb hatten wir 2022 einen Antrag gestellt, damit dieses Thema auch in Weingarten berücksichtigt und aktiv angegangen wird. So haben wir uns sehr darüber gefreut, dass in der AUT-Sitzung vor einer Woche Ideen für innovative Bewässerungssysteme und Niederschlagswasserbewirtschaftung vorgestellt wurden. Außerdem gehört zum Thema Hitzevorsorge die Anpassung der Gebäude und Untergründe sowie die Begrünung. Es ist zu berücksichtigen, dass sich dunkle Oberflächen stärker erwärmen und die zunehmende Versiegelung zur lokalen Aufheizung und zu verminderter Grundwasserneubildung führt.

Bei der **Versiegelung** geht es in Weingarten, auch im Hinblick auf die Klimaanpassung, in die falsche Richtung, was wir als kritisch ansehen. Statt weniger zu versiegeln nimmt die Versiegelung deutlich zu! Weitere großflächige Versiegelungen sind u.a. für das Sandfeld,

Kirchberg-Mittelweg, Breitwiesen und das alte TSV-Gelände geplant.

Schule: Der Schulneubau auf dem Festplatz wird uns ca. 40-50 Mio. € kosten und mit hohen Förderquoten kann nicht gerechnet werden. Die Finanzierung ist, wie bereits angedeutet, noch lange nicht geklärt. Größere Einnahmequellen sind nicht einfach aufzutreiben. Und immer neue Baugebiete sind keine Lösung. Beim Schulbau ist es jetzt wichtig, dass es nach jahrelangem Stillstand voran geht. Mittelfristig sind im Haushalt 15 Mio. € eingeplant, doch das ist erst der Anfang.

Wichtig ist uns eine ökologische, nachhaltige und klimaneutrale Bauweise mit nachwachsenden Rohstoffen. Die Schule muss so gestaltet werden, dass sich Schüler und Lehrerschaft wohl fühlen, denn sie werden sich einen großen Teil des Tages dort aufhalten. Das bisher triste Umfeld mit vier umgebenden, z.T. stark befahrenen Straßen muss umgestaltet werden, sodass keine Kaserne entsteht. Konzepte für den Schulweg müssen entwickelt werden, damit dem - auf Grund der Lage - zu befürchtenden Elterntaxi-Verkehr entgegen gewirkt wird. Eine weitere Verödung des Ortszentrums wird wahrscheinlich nicht zu verhindern sein, denn einige Geschäfte werden den Umzug aufgrund von Umsatzeinbußen nicht überleben. Und wichtig ist es auch jetzt schon, dass wir uns Gedanken um die Folgenutzung des alten Standortes machen. Die Grüne Liste beschäftigt sich bereits mit diesem Thema.

Mobilität:

Wir befinden uns noch am Anfang des Mobilitätskonzeptes. Hauptsächlich geht es momentan um die **Parkplatzkonzeption** in den verschiedenen Quartieren. Dabei soll der öffentliche Parkraum gemäß Straßenverkehrsordnung so geordnet werden, dass die Rettungswege gewährleistet werden und die momentane Benachteiligung schwächerer Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Fahrradfahrer, Kinder) beendet wird. Hierzu ist eine möglichst schnelle Markierung aller Parkplätze notwendig. Dass es bei dem **Schutz schwächerer Verkehrs-**

teilnehmer in Weingarten noch einiges zu tun gibt, erkennen wir z.B. auch am Baustellenmanagement der Gemeinde. Hier liegt der Fokus auf dem Autoverkehr und der Schutz schwächerer Verkehrsteilnehmer wird nachrangig behandelt, was wir im letzten Jahr öfters angesprochen haben.

Gerne würden wir auch den 2. Teil des Mobilitätskonzeptes angehen, wo es um den ÖPNV, Straßenverkehr und alternative Mobilitätskonzepte gehen wird.

ÖPNV: Weingarten ist auf Grund der z.T. mangelhaften Taktung und Anbindung momentan nach außen schlecht angeschlossen. Für die Verbesserung des ÖPNV innerorts haben wir letztes Jahr einen Antrag eingebracht, wo wir uns u.a. für eine Verbindung in der zentralen Bahnhofsstr. und für eine Taktverdichtung gerade am Wochenende - hier gab es 3 h Pause zwischen den Verbindungen - eingesetzt haben. Erfreut haben wir festgestellt, dass sich der ÖPNV innerorts mit dem letzten Fahrplanwechsel deutlich verbessert hat! Samstags gibt es jetzt stündliche Verbindungen und am Sonntag sowie am Abend steht der Service MyShuttle zur Verfügung,

der auf Abruf und bei Bedarf nutzbar ist. Leider kann dieser Dienst aber nur mit einer Smartphone-App benutzt werden, was nicht jeder hat. Und auch die Infos zu diesem Service sind schwer zu finden, sodass er nur für Kenner nutzbar ist.

Kindergärten: Weingarten investiert weiterhin erhebliche Summen in die Kindergärten, damit der Anspruch auf Betreuung erfüllt werden kann. So stehen dieses Jahr ca. 850.000 € (bei 82.500 € Förderung) im Haushaltsplan und bis 2027 sollen ca. 6,4 Mio. € (bei 1,6 Mio. € Förderung), investiert werden. Für uns ist dies gut investiertes Geld.

Im Jahr 2024 sind in Weingarten insgesamt **hohe Investitionen** von ca. 15 Mio. € geplant, und das bei einem Gesamthaushalt von ca. 50 Mio. €, was eine Quote von ca. 30 % ergibt, die wir uns momentan noch leisten können und die gut investiertes Geld in unsere Zukunft sind.

Wir setzen uns außerdem für die Beteiligung der **Jugend** und der **älteren Bevölkerung** ein, was für uns in der Vergangenheit und zukünftig selbstverständlich ist. So ist z.B. die Jugendbetei-

ligung kein **wäre schön wenn**, sondern ein **muss!**

Wie in vielen Bereichen ist auch für Weingarten die angespannte **Personalsituation** eine zunehmende Herausforderung. Denn ohne gutes, ausreichendes und motiviertes Personal können die vielen geplanten Projekte nicht durchgeführt werden.

Und damit komme ich zum Ende meiner Haushaltsrede. Wir danken allen ehrenamtlich tätigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern für Ihre Zeit und Ihr Engagement. Ohne Sie / ohne Euch wäre unsere Gemeinde und unsere demokratische Gesellschaft nicht das, was sie ist!

Ein großes Dankeschön und Lob geht von uns an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und des Bauhofs, an die Rettungsdienste und auch an die Vereine. Was hier jeden Tag geleistet wird, ist enorm.

Wie bereits zu Anfang erwähnt: Die Grüne Liste Weingarten stimmt dem Haushaltsplan 2024 und den Wirtschaftsplänen unserer Eigenbetriebe zu.

Haushaltsrede der SPD-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Wolfgang Wehowsky



Liebe Mitbürgerinnen
und Mitbürger,
sehr geehrter
Herr Bürgermeister Bänziger,
liebe Kolleginnen und Kollegen
des Gemeinderates,

schon 2 Jahre sind vorbei, seitdem Russland die Ukraine mit einem fürchterlichen Angriffskrieg überzogen hat. Wir spüren heute die Folgen dieser kriegerischen Auseinandersetzung durch Flucht und Vertreibung der Zivilbevölkerung in die sicheren europäischen Nachbarstaaten. **Über eine Million Menschen aus der Ukraine sind als Kriegsflüchtlinge in Deutschland registriert.** Die vielseitigen Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine-von der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der ukrainischen Familien bis hin zu den allgemeinen Belastungen durch erheblich gestiegene Konsum- und Energiepreise (herzlichen Dank allen Verantwortlichen für die Eröffnung des Weingartener Tafelladens!) sind deutlich spürbar. Die deutsche Wirtschaft ist zum Jahresende 2023 leicht geschrumpft. Wir befinden uns nach zwei Jahrzehnten Aufschwung wieder in einer Rezession.

Für 2024 hat die Bundesregierung kürzlich die Wachstumszahlen unserer Volkswirtschaft von 1,3 auf 0,2 Prozent gesenkt. Was es letztlich wird, wissen wir erst zum Ende dieses Jahres. Um eine veritable Wirtschaftskrise zu vermeiden, sind jetzt konjunkturfördernde Maßnahmen erforderlich. Ein erster Schritt dazu wäre das Wachstumschancengesetz der Bundesregierung, das zu einer wirksamen Entlastung unserer Wirtschaft führen könnte. Es befindet sich aber zurzeit aber wegen Einwänden des Bundesrates noch im Vermittlungsverfahren.

Schließlich wirkt sich die wirtschaftliche Entwicklung über die Steuereinnahmen bis hinunter zu den Kommunen aus und damit sind wir in Weingarten bei zu erwartenden Einkommenssteuerrückgängen ebenfalls mit im Boot.

Ergebnishaushalt der Gemeinde für 2024

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf beschreibt das umfangreiche Aufgabenpaket unserer Gemeinde für 2024 und gibt einen Ausblick auf die mittelfristige Entwicklung bis 2027. Wir legen damit fest, welche Mittel zur Deckung der gesamten Aufgaben unserer Gemeinde in diesem Jahr notwendig sind. Durch die Prüfung sämtlicher konsumtiver und investiver Beträge stellt der Haushalt des Jahres 2024 jetzt ein sehr präzises Bild der Finanzlage der Gemeinde dar. Wir haben bei den umfangreichen Vorberatungen der Haushaltszahlen Wert daraufgelegt, dass das geplante Investitionsvolumen in diesem Jahr auf das tatsächlich leistbare Maß beschränkt bleibt. Gleichzeitig ist eine Einsparung im Ergebnishaushalt um rund 500 TSD. Euro erzielt worden.

Bei der Ermittlung der Haushaltsaufwendungen ist der Grundsatz der Haushaltskonsolidierung beachtet worden. Ein gewissenhafter Umgang mit unseren finanziellen Ressourcen gehört zum Pflichtenheft; deshalb bleibt die Haushaltskonsolidierung für uns eine Daueraufgabe.

Die veränderte Investitionsplanung 2024 sieht nun Ausgaben in Höhe von rund 15 Mio. Euro vor. Damit werden zahlreiche Einzelmaßnahmen, wie zum Beispiel beim Baugebiet Kirchberg-Mittelweg, die weiteren Straßenunterhaltungen im Kernort, die Kosten für die Erschließung des Gewerbegebietes Sandfeld, die Sanierung der Radwege nach Grötzingen und Untergrombach sowie notwendige Investitionen in bzw. an kommunalen Gebäude finanziert.

Für die Konzeption **Neubau/Erweiterung der Turmbergschule** werden in diesem Jahr 1,5 Mio. Euro für Planungskosten angesetzt. Zunächst ist über einen Projektsteuerer eine genauere Kostenberechnung zum geplanten Schulneubau auf dem Festplatz zu erstellen. Die mittelfristige Finanzplanung weist für dieses Projekt einen vorläufigen Kostenansatz bis 2027 im Umfang von **21,5 Mio. Euro** aus. Sobald der Neubau in die „heiße Phase“ ab 2028/2029 kommt, werden weitere Kosten entstehen und hoffentlich ausreichende Zuschüsse fließen. Von Bedeutung wird dann auch sein, ob die jetzt angenommene Förderquote von 25 v. H. nach weiteren politischen Sondierungen auf Bundes- und Landesebene erhöht werden kann.

Unter der Kostenstelle **Kindergarten** sind erhöhte Aufwendungen für neue Kita-Gebäude ab 2025 ff eingeplant. Wir warten hier noch auf die in Aussicht gestellten **Machbarkeitsstudien** für drei mögliche Standorte; ein vierter Standort könnte auf dem ehemaligen „Trautwien-gelände“ (jetzt Baugebiet Breitwiesen-Teil I) liegen. Dagegen ist die Erweiterung des Naturkindergartens bereits im laufenden Jahr vorgesehen.

Erfreulich ist, dass derzeit allen vorge-merkten Kindern ein Betreuungsangebot gemacht werden kann.

Und dazu ein Hinweis, den man jedes Jahr wegen seiner Aktualität wiederholen muss. Der Ausbau der Kinderbetreuung bedeutet gleichzeitig, dass der

Aufwand, den allein die Gemeinde für diese Sparte zu tragen hat, weiterwachsen wird. Der zunehmende Wechsel von Trägerschaften auf die Kommune erhöht darüber hinaus unsere konzeptionelle Verantwortung. Deshalb wäre eine höhere finanzielle Beteiligung durch das Land nicht nur mehr als wünschenswert. Sie ist absolut notwendig! Nicht vergessen werden darf, dass die Eltern in Baden-Württemberg gegenüber anderen Bundesländern deutlich höhere Eigenanteile für die Kinderbetreuung zu erbringen haben. Hier besteht ebenfalls Reformbedarf.

Zum Haushalt der Gemeinde für 2024 ist seitens der SPD-Fraktion folgendes festzuhalten:

1. Im Ergebnishaushalt erzielt die Gemeinde Weingarten einen erfreulichen Überschuss in Höhe von 1,892 Mio. Euro. Auch in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2025 und 2026 sind positive ordentliche Ergebnisse zu erwarten. 2027 wird unter Berücksichtigung des Sonderergebnisses ebenfalls positiv.
2. Die Leistungsfähigkeit der Gemeinde ist von 2024 bis 2027 durchgehend gegeben!
3. 2024 müssen keine neuen Kredite aufgenommen werden. Die Verschuldung zum 31.12.2024 beträgt 22,7 Mio. Euro, damit pro Kopf 2.154 Euro. Die mittelfristige Entwicklung bis 2027 mit einem deutlich steigenden Schuldenstand auf rd. 45 Mio. Euro (Grund: Neubau der Turmbergschule) erfordert u. E. ein strenges Finanzcontrolling.
4. Aufgrund der 2025 in Kraft tretenden Grundsteuerreform sind die für die Grundsteuer A und B festgesetzten Vohundertsätze so anzupassen, dass die Belastungen für die Grundstückseigentümer auf dem bisherigen Niveau bleiben können.

Schwerpunkte künftiger Kommunalpolitik für Weingarten

In der dieses Jahr zu Ende gehenden Legislaturperiode des Gemeinderates

wurde eine Menge bewegt und konnten viele Projekte erfolgreich abgeschlossen werden. Gleichzeitig befinden sich auch einige Maßnahmen mitten in der Umsetzung und werden den neu zu wählenden Gemeinderat naturgemäß weiter beschäftigen.

Im Folgenden möchten wir aus Sicht der SPD-Fraktion einige **Leuchtturmprojekte** benennen.

Ausbau der Kinderbetreuung und Neubau der Turmbergschule

Im ersten Teil meiner Ausführungen sind hierzu bereits grundsätzliche Anmerkungen erfolgt.

Die SPD strebt finanzierbare Konzeptionen für die Projekte im Kinder- und Jugendbereich an und wird sich aktiv an den Lösungsansätzen beteiligen.

Wir arbeiten auch künftig daran gerne mit, dass der von unserer Fraktion einstimmig favorisierte Neubau der Turmbergschule auf dem Festplatz mit einem vorläufigen Volumen von ca. 46 Mio. Euro zu einem guten und für Weingarten finanziell machbaren Ergebnis gebracht werden kann.

Mobilitätskonzept

Das im Frühjahr 2022 einmütig beschlossene Mobilitätskonzept befindet sich immer noch in der Umsetzung der Parkierungsregelungen im öffentlichen Straßenraum. Hier hat es sich sehr bewährt, in den jeweils betroffenen Bereichen vorab sogenannte Geh-Spräche mit den Anwohnern durchzuführen. Dabei sollten nach Ansicht der SPD nicht alle Wohnquartiere über einen Kamm geschoren werden, sondern individuelle Entscheidungen möglich sein. Allerdings müssten die dabei erzielten Ergebnisse auch entsprechend umgesetzt werden. Wir erinnern an unseren Fraktionsantrag für die **Waldbrücke-Alter Teil** bezüglich der **Ausweisung von verkehrsberuhigten Bereichen**, der von den Anwohnern bei den Geh-Sprächen zur Stellplatzfrage ausdrücklich bestätigt wurde. Außerdem sind die vorhandenen Pläne für eine Parkraumbewirtschaftung zu diskutieren. Nach Auffassung der SPD kann es sich

bei der Erhebung von Parkgebühren nur um die Stellplätze auf dem ehemaligen Schäfer- Gelände in der Jöhlinger Straße bzw. in unserem Parkhaus beim Rathaus sowie um Stellplätze in der Ortsmitte, bei denen im Hinblick auf die Einkaufsmöglichkeiten, ein hoher Parkdruck besteht, drehen. Eine allgemeine Einbeziehung der Wohnquartiere in die Bewirtschaftung lehnen wir ab.

Sobald die Ausweisung der Stellplätze im öffentlichen Straßenraum abgeschlossen ist, sollte das Mobilitätskonzept um Feststellungen zum fließenden Verkehr ergänzt werden.

Nahwärme / Energieversorgung

Wir erinnern an unsere Initiative, das bestehende Nahwärmenetz mit Holzhackschnitzeln aus dem eigenen Wald, um neue Anschlussmöglichkeiten zu erweitern. Zur Sicherung der Energieversorgung sollte das Thema Nahwärme wieder aufgegriffen werden. Kommunale Wärmeplanung kann den klimafreundlichen Heizungsumbau in Weingarten voranbringen.

Der Bearbeitung unseres Nahwärmeantrages wurde zunächst die Erstellung eines umfassenden Energieplans mit Ermittlung der Wärmebedarfe für die gesamte Gemarkung vorgeschaltet. Die Umwelt- und Energieagentur Karlsruhe ist seitens des Gemeinderates im Januar 2023 damit beauftragt worden. Ergebnisse erwarten wir in Kürze.

Photovoltaik und Windkraft generieren zwei wichtige erneuerbare Energiequellen, die nicht nur regional, sondern auch vor Ort stärker zur Stromerzeugung zu nutzen sind. Die vernünftigste Lösung für Weingarten wäre in naher Zukunft ein Energiemix aus Windkraft, Photovoltaik und Geothermie.

Neubauprojekte

Die jetzt vorgesehene Erschließung des Gewerbegebietes Sandfeld ist überfällig, wenn man auf die lange Entstehungsgeschichte dieser Erweiterung unserer Gewerbeflächen zurückblickt. Der Hinweis, dass die Stadt Karlsruhe mangels entsprechender Flächen Gewerbetrei-

bende auf das Umland verweist, dürfte sich nämlich bald erledigt haben. Nach Presseberichten sollen jetzt für ein ca. 24 Hektar großes Gebiet die planungsrechtlichen Voraussetzungen für ein neues Gewerbegebiet in Karlsruhe geschaffen werden.

Bei den geplanten Neubauten auf dem ehemaligen Trautwein- Gelände durch einen Investor werden uns neben zwei- stöckigen Einzelhäusern wieder drei- bis vierstöckige Mehrfamilienhäuser begegnen. Wenn nun in Weingarten immer mehr in die Höhe gebaut wird, ist dies in erster Linie der steigenden Zahl fehlender Wohnungen geschuldet. Im neuen Wohngebiet wird jetzt 25 v. H. des Wohnraums für sozialen Mietwohnungsbau bereitgestellt, um dort auch für Familien bezahlbares Wohnen zu ermöglichen. Mit diesen neuen Wohnangeboten wächst aber zugleich der Druck auf die Gemeinde, die entsprechende Infrastruktur bereitzustellen.

Straßensanierungen

Natürlich wollen wir die erheblichen Investitionen nicht vergessen, die wir in Weingarten während der letzten fünf

Jahre in eine notwendige Generalsanierung unserer Jöhlinger Straße und verschiedener Ortstraßen gesteckt haben. Dies hat zwar zu einer deutlichen Erhöhung unserer Schuldensituation geführt, aber dies konnte alles in einer faktischen Nullzinsphase (!) abgewickelt werden. Es sind sinnvolle Investitionen, mit denen wir zumindest für die nächsten 30 Jahre ruhiger schlafen können.

Was nützt denn eine sogenannte schwarze Null in der Neuverschuldung, wenn andererseits die Infrastruktur notleidet?

Lassen Sie mich zum guten Schluss allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung-hier insbesondere Herrn Schneider für die perfekte Vorbereitung der Unterlagen -, dem Forst, dem Bauhof und Ihnen Herr Bürgermeister für Ihre im Jahr 2023 geleistete Arbeit herzlich Dank sagen. In diesen Dank schließen wir alle bei der Feuerwehr, dem DRK und dem DLRG ehrenamtlich tätigen freiwilligen Helfer/innen ein.

Auch möchte ich meinen besonderen Dank an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger richten, die durch ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten einen wertvollen und wichtigen Beitrag für unser Gemeinwohl erbracht haben.

Die SPD-Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushaltsplan 2024 und den beiden Wirtschaftsplänen unserer Eigenbetriebe für Wasser und Abwasser 2024 zu.

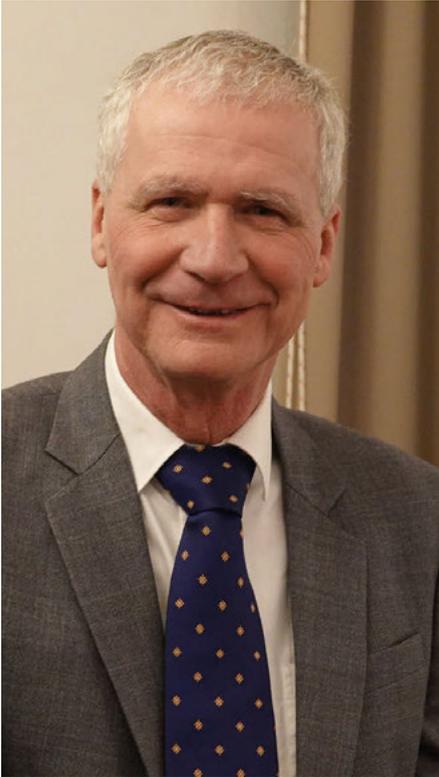
Wenn die derzeit bekannten Informationen zutreffend sind, werden fünf Kolleginnen und Kollegen dem neuen Gemeinderat nicht mehr angehören. So können wir unabhängig vom Wahlergebnis ab Juli eine Neubesetzung von mindestens 1/3 der hier möglichen Plätze erwarten.

Bis zum Ende dieser Legislaturperiode wollen wir-wie bisher - konstruktiv und mit gegenseitigem Respekt zusammenarbeiten. In gleicher Weise setzen wir unsere Hoffnung auf einen fairen Kommunalwahlkampf. Die Kommunalpolitik bedeutet intensives Ringen um die bessere Lösung. Hier orientiert sich man **nicht** an folgendem Politsprech:

„Nicht das Erreichte zählt, sondern das Erzählte reicht.“

Haushaltsrede der FDP-Fraktion

gehalten von Gemeinderat Matthias Görner



Vor etwas mehr als sechs Jahren fand ein in der Geschichte unseres Gemeinderats eher seltener Vorgang statt: Vertreter aus allen Fraktionen fanden sich zu einem Seminar des Staatsanzeiger-Verlags in Stuttgart ein, um sich schon frühzeitig mit der sogenannten Doppik - dem neuen Rechnungswesen für die Kommunen - vertraut zu machen. Nachdem Referenten aus verschiedenen Bereichen der öffentlichen Verwaltung die Vorteile der Umstellung in Form einer erhöhten Transparenz, eines verbesserten Kostenbewusstseins und einer treffsicheren Planung lobend erläutert hatten, waren die mit der Einführung der Doppik verbundenen Erwartungen auch in diesem Gremium sehr hoch - doch sie sind mittlerweile einer tiefgreifenden Ernüchterung gewichen. Zwar ist die Seitenzahl eines Haushaltsplanes von einstmalig 450 um weitere einhundertfünfzig Seiten angewachsen, doch geht mit dem Zugewinn an Papier keinesfalls ein verbesserter Überblick über die kommunalen Finanzen einher, und wir stellen ernüchtert fest: Kostenkontrolle - Fehlanzeige, Transparenz - ein leeres Versprechen, ver-

besserter Gesamtüberblick - nur bedingt. Kommunale Leistungen - sogenannte Produkte - sollten detailliert erfasst und deren Zuschussbedarf beziehungsweise Überschuss exakt aufgeschlüsselt werden. Stattdessen finden wir nun einen Kessel Buntes, aus dem wir nur mit Mühe die gewünschten Informationen herauslesen können. So werden unter dem Überbegriff „Grünanlagen, Werkstätten und Fahrzeuge“ die „Planung und Unterhaltung von Grün- und Freiflächen“ mit der Innen- und Außendekoration von baulichen Anlagen, einer Schlosser- und einer Schreinerwerkstatt und der „Wahrnehmung der Halterpflichten für Fahrzeuge und Geräte“ zusammen aufgekocht und das Ganze mit einer Prise „Unfallbearbeitung“ abgeschmeckt. War vor der Umstellung auf die Doppik der jährliche Zuschussbedarf des Parkhauses in der Ortsmitte noch exakt ablesbar, so versteckt sich dieser nun hinter dem Überbegriff „Parkierungseinrichtungen“, und auch die kostenmäßige Trennung der Ringer- und der Walzbachhalle ist mittlerweile aufgehoben.

Der Mangel an Transparenz ist nicht nur für amtierende Gemeinderäte ärgerlich, sondern hat für unsere Gemeinde als Ganzes bedenkliche Folgen. Ein knappes Drittel dieses Gremiums stellt sich zur Jahresmitte nicht mehr zur Wahl, und wir fragen uns, wie mit der gegenwärtigen Datengrundlage die Einarbeitung junger motivierter Menschen in das komplexe Thema kommunale Finanzen gelingen soll. Hinzu kommt eine Verwaltung, die nicht willens erscheint, Anfragen innerhalb einer angemessenen Frist zu beantworten. So hat zum Beispiel die FDP-Fraktion im Juli vergangenen Jahres eine Zusammenstellung der bislang aufgelaufenen Kosten für die Rathausanierung eingefordert, da niemand in diesem Gremium auch nur ungefähr abschätzen kann, wie viele Millionen das Schwarze Loch in unserer Ortsmitte seit einem Wasserschaden im Jahre 2019 verschluckt hat. Unser Antrag wurde im September einstimmig befürwortet, doch bis heute liegen dem Gemeinderat noch keinerlei Zahlen vor. Sollte unsere weite-

re Nachfrage bezüglich der Kalkulation der Hackschnitzel aus dem Forstbetrieb mit demselben Eifer beantwortet werden, so können wir wohl mit genaueren Ergebnissen gegen Jahresende rechnen. Diese Verschleppung wirkt auf die wenigen Gemeinderäte, die sich überhaupt noch mit Zahlen beschäftigen, lähmend und demotivierend zugleich, dabei wäre doch eine gemeinsame Anstrengung zur Identifizierung unserer Leckagen im Gemeindehaushalt gerade in der jetzigen Zeit so ungeheuer wichtig. Warum? Auch wenn wir den Ergebnishaushalt für dieses Jahr mit einem Überschuss von knapp zwei Mio. € planen können, so sieht doch die Prognose keinesfalls beruhigend aus. Schon im kommenden Jahr rechnet man in der Finanzverwaltung nur noch mit der Hälfte, 2026 lediglich mit einem symbolischen Plus und bereits im Folgejahr mit einem ordentlichen Verlust.

Wo sind also nun die Undichtigkeiten, durch die unsere Finanzmittel versickern? Hier sei an erster Stelle die Beratungsindustrie genannt. Ganz gleich ob es um die Reinigung unserer Turmbergschule, um den Feuerwehrbedarfsplan oder um die Regelung des ruhenden Verkehrs geht, die klug erscheinenden Menschen mit ihren Präsentationen sind stets mit dabei. Sie versprechen uns Hilfe im Kampf gegen Komplexität und erzeugen Bürokratie und Komplexität zugleich, und dies zu Stundensätzen, die im dreistelligen Bereich beginnen. In völliger Unkenntnis unserer dauerhaften Leistungsfähigkeit entwickeln sie Konzepte, die an der Lebenswirklichkeit vorbeigehen und die doch gleichzeitig niemals den politischen Willen des Gemeinderats ersetzen können. Nur mit Mühe konnte die FDP-Fraktion zum Beispiel die Vergabe der zweiten Stufe des Mobilitätskonzepts für knapp 83.000 € stoppen, obwohl doch völlig klar war, wieviel Detailarbeit uns die Verwirklichung der ersten Stufe noch bereiten würde. Unsere Fraktion wird auch nicht der „Beauftragung eines Fachbüros mit der Erstellung eines Klimawandelanpassungskonzepts“ zustimmen, während in unseren Schub-

laden noch unzählige Studien vor sich hinmodern. So treffen wir mit durch die Aussicht auf Fördergelder getrübtem Blick Entscheidungen für Planungen, die niemals Realität werden können, ganz gleich, ob sie nun Feuerwehrgerätehaus, Freischwimmbaden oder kompletter Schulneubau heißen mögen.

„Wenn wir einen Sponsor finden, bauen wir ein Fünfundzwanzigmeterbecken“ - dieser anlässlich der Einweihung der Sportanlagen im Bruch von Ihnen, Herr Bänziger, formulierte Satz ist kein Versprechen, sondern ein verstecktes Eingeständnis. Warum sind wir nicht ehrlich zueinander? Es laufen keine Sponsoren mit gezücktem Scheckbuch umher, um finanzschwachen Gemeinden in ihrer Not zu helfen. Gleichzeitig fährt der Bund ein noch nie dagewesenes Kürzungsprogramm, dem sogar der Ausbau des Schienennetzes teilweise zum Opfer fällt. Wer in diesem Gremium glaubt dann noch an Förderbeträge in Höhe von 1,6 Mio. €, die bereits für 2025 als Investitionszuschüsse von Bund und Land eingeplant sind? Mit ihrer Zustimmung zu einer Bestandsaufnahme und zur Feststellung des aufgelaufenen Sanierungsbedarfs hat die FDP-Fraktion ihr Interesse an einem Weiterbestand des Walzbachbads deutlich zum Ausdruck gebracht. Planungen für ein Schwimmbecken, dessen Finanzierung in den Sternen steht, wollen wir jedoch nicht mittragen.

Ähnliches gilt für unsere Turmbergschule. Auch hier scheint der Grundsatz, dass jedes Vorhaben mit einer sorgfältigen Einschätzung der eigenen Leistungsfähigkeit beginnt, komplett ignoriert zu werden. Anstatt einen Finanzrahmen zu definieren und Fördermöglichkeiten zu prüfen holt man sich zuerst einen Schulplaner aus dem fernen Hamburg. Dieser hat noch niemals einen Blick in unseren Haushaltsplan geworfen. Dafür weiß er aber umso genauer, was wir brauchen und was der Zeitgeist verlangt. Heraus kommt ein Phantasieprojekt, dessen Gesamtkosten sich auf astronomische 56 Mio. € belaufen sollen - das Honorar für eine von der CDU-Fraktion geforderte externe Projektsteuerung ist hierbei nicht inbegriffen. Niemand vermag mehr zu sagen, wie viele zigtausend Euro inzwischen für Machbarkeitsstudien verbrannt

wurden. Nachdem inzwischen sogar einzelne Elemente aus dem ohnehin waghalsigen Finanzierungskonzept herausbrechen, sehen wir unseren Vorschlag einer Verlagerung der weiterführenden Schule auf den Festplatz bei gleichzeitigem Erhalt der Grundschule in der Ortsmitte durch die Realität bestätigt. Erstens wäre der Raumbedarf für die ersten vier Klassen mehr als ausreichend gedeckt. Zweitens genießt der zentrale Standort eine hohe Akzeptanz in der Elternschaft. Drittens wäre die Förderung des Vorhabens gesichert, das Investitionsvolumen noch überschaubar, und wir bräuchten nicht einen der letzten Naturräume unserer Gemarkung für den Bau von Windrädern zur Finanzierung eines zu ehrgeizig geratenen Schulbauprojekts zu opfern. Mit einer sechsstreifigen Bundesautobahn, einer hoch frequentierten Eisenbahnlinie, einer Bundes- und einer Landstraße, der Ölbohrung im Bronnloch, einer großflächigen Recyclinganlage für mineralische Stoffe und der Kiesgewinnung am Baggersee sehen wir sowohl in Bezug auf die Belastung unserer Einwohner als auch auf den Flächenverbrauch definitiv eine Grenze erreicht. Somit fragen wir uns, ob der Konsens, die Kiesabbaufläche nicht mehr zu erweitern, überhaupt Bestand hat, oder ob man auch hier mit Blick auf unser Aufgabenfeld zu weiteren Zugeständnissen bereit sein wird.

Ohnehin ist unser Finanzgebaren von dem vielstrapazierten Begriff der Nachhaltigkeit Lichtjahre weit entfernt. Wieder einmal können wir ohne Veräußerung von Gemeindevermögen in Form von Wohnbau- und Gewerbeflächen unser bereits abgespecktes Investitionsprogramm nicht finanzieren. Die über zehn Mio. € Einnahmen aus dem Verkauf der Grundstücke im Baugebiet „Moorblick“ sind schon längst Geschichte, nun richtet sich der begehrliche Blick auf die zum „Kirchberg-Mittelweg“ gehörigen Flächen entlang der Durlacher Straße. So befördert unser Mangel an Eigenmitteln ein Wachstum, das wiederum weiteren Investitionsbedarf nach sich zieht. Unklar ist dabei, ob wir bei weiter steigenden Baukosten und einem gleichzeitigen Zusammenbruch der Immobilienpreise - das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat für das Jahr 2023 einen Rückgang um historisch einmalige 11,3 Prozent festgestellt -

die erwarteten Verkaufserlöse überhaupt realisieren werden. Ebenso stößt der Versuch, unsere Pro-Kopf-Verschuldung durch permanente „behutsame bauliche Nachverdichtung“ zu reduzieren, allmählich an seine Grenzen. Wir sehen einerseits in der Ringstraße, dass die Vorstellungen von „Behutsamkeit“ zwischen Verwaltung und Anwohnern weit auseinanderklaffen, während andererseits unsere Gemeinde auf die Verliererseite der von ihr selbst angestoßenen Entwicklung gerät - private Grundstückseigentümer freuen sich über Einnahmen aus einer erhöhten baulichen Nutzung ihrer Flächen, die Gemeinde hingegen muss Leistungen und Infrastruktur aus eigener Kraft zur Verfügung stellen. Die Kosten des Wachstums schlagen sich nicht nur in der zusätzlichen Verschuldung unserer Eigenbetriebe in Höhe von 7 Mio. € nieder, sondern sie offenbart sich ebenfalls bei einem abendlichen Rundgang durch die einem noch nie dagewesenen Parkdruck ausgesetzten Ortsstraßen. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen der Zahl auf derselben Fläche neugeschaffener Wohneinheiten und der Arteriosklerose des öffentlichen Raums.

In der Debatte um eine Neuordnung der Parksituation hat sich die FDP-Fraktion im Gegensatz zu anderen etwas nervösen Wettbewerbern gegenüber der Verwaltung als loyal erwiesen und sich gleichzeitig der Diskussion mit betroffenen Anwohnern gestellt. Bei aller Verschiedenheit der Standpunkte war jedoch immer der Grundkonsens spürbar, dass die Gemeinde den für teures Geld geschaffenen Parkraum nicht länger kostenfrei zur Verfügung stellen kann. Es gilt der Grundsatz: Gebühren vor Steuern. Die Kosten einer Einrichtung sollen primär von deren Nutzern und nicht von der Allgemeinheit getragen werden. Allein für Erwerb und Gestaltung der Stellplätze auf einem ehemaligen Weingut in der Jöhlinger Straße sind bislang 800.000 € aufgelaufen. Auch die großzügigen Parkflächen in der sanierten Burgstraße wurden nicht zum Nulltarif geschaffen. Es ist daher ein Gebot der Fairness, einen Ausgleich zwischen den Fahrzeughaltern, die auf ihren Privatflächen parken, und den Dauernutzern des öffentlichen Raumes zu schaffen. Insofern betrachten wir es als Versäumnis der Verwaltung, den Gemein-

derat nicht über die halbjährige Verzögerung bei der Entwicklung eines Konzepts zur Parkraumbewirtschaftung informiert zu haben. Niemand träumt davon, wie in Paris 18 € für eine Stunde Parken eines SUVs abzukassieren, doch könnte ein monatlicher Betrag in der Größenordnung von 10 bis 15 € pro Fahrzeug eine Bewusstseinsänderung anstoßen und dadurch einen Teil des öffentlichen Raumes für dessen ursprüngliche Funktionen wieder freimachen.

Kommen wir nun gegen Ende unserer Stellungnahme nochmals zu einer besorgniserregenden Entwicklung, die sich trotz aller Weltrettungsbekundungen und des Hin- und Hergeschiebes von „Ökopunkten“ vor unseren Augen vollzieht - unserem nach wie vor ungebremsten Flächenverbrauch. Ja, es stimmt, ein Teil unserer Fraktion hat den Beschlüssen im Zusammenhang mit dem Gewerbegebiet „Sandfeld“ nicht zugestimmt, doch können wir Mehrheiten akzeptieren. Nach vierzehn Jahren ist das Gelände jetzt baureif, doch anstatt nun endlich Betriebe mit hoher Wertschöpfung und Arbeitsplatzdichte anzusiedeln, verharrt unsere Gemeinde in einer Art Schockstarre, während hoch gehandelte Hoffnungsträger ihre Investitionspläne schon längst woanders verwirklichen. Wir fragen uns inzwischen, ob die Verwaltung selbst noch an eine Verwirklichung ihrer Planungen und an ihre eigenen Beteuerungen einer immensen Nachfrage nach baureifen Gewerbeflächen glaubt. Ebenfalls beschleunigt vollzieht sich ein weiterer unregelmäßiger Landverbrauch in Form von illegaler Bautätigkeit im Außenbereich. Fraktionsübergreifend möchten wir dieser Entwicklung Einhalt gebieten, doch scheint in dieser Frage eine höhere Verwaltungsebene zu versagen. Für diese Feststellung genügt ein Blick auf die Personalstärke der einzelnen Abteilungen des Landratsamts: Während für „Grundsatz und Soziales“

104, für Integration 140, für Versorgung und Rehabilitation 152 und im Jugendamt stattliche 252 Mitarbeiter beschäftigt sind, wackeln im Baurechtsamt ganze 34 Mitarbeiter eher verzweifelt vor sich hin. Bei dieser Schwerpunktsetzung verwundert es kaum, dass nicht nur die ökologisch hochwertigen kleinteiligen Außenbereichsflächen unserer Gemarkung, sondern damit einhergehend auch das Empfinden für Recht und Unrecht unter die Räder kommen, und dass ein von außen kommender Besucher unserer Gemeinde sich fragt, ob er tatsächlich in einem badischen Weindorf oder nicht etwa in einer südamerikanischen Favela gelandet ist. Da kann man nur ernüchert feststellen: Tourismusförderung sieht für uns anders aus, und darüber hinaus gelangen wir angesichts zahlreicher Entwicklungen der vergangenen Jahre zu dem Schluss, dass unsere Gemeinde lernen sollte, ihre Interessen nach außen hin deutlicher zu vertreten.

Während anderswo Bürgermeister deutlich auf die Belastungsgrenzen der Kommunen hinweisen, laden wir einen Vertreter des baden-württembergischen Genossenschaftsverbands zu einem Neujahrsempfang ein - und gehen anschließend wieder dem Tagesgeschäft nach. Wir betreiben Selbstaufgabe in Form von „Bekanntnissen“ zu politisch vorgegebenen Zielen, demontieren die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung, lassen uns am Gängelband in Aussicht gestellter Fördergelder durch die Manege führen und bejubeln uns noch obendrein, wenn wir als finanzschwache Gemeinde aus dem Ausgleichsstock ein paar Krümel vom Tisch der Reichen abbekommen. Wir machen Party auf dem Festplatz, schmücken die Räume unseres Rathauses mit barock anmutenden Wandmalereien, verbauen Bordsteine aus portugiesischem Granit - und halten gleichzeitig die Hand nach dem Geld sparsam wirtschaften-

der Kommunen aus. Ich schließe daher unsere Stellungnahme mit einem Satz, den ich kürzlich auf der FDP-Homepage veröffentlicht habe: Ja, es gab eine Zeit, in der man den Kindern beibrachte, mit fremdem Eigentum sorgsamer umzugehen als mit dem eigenen. Steuergeld ist fremdes Eigentum. Es wird von den Menschen erwirtschaftet, die morgens um halb sechs ihre Engelbert-Strauß-Kleidung überziehen und sich auf den Weg zur Arbeit machen, die nicht konsumieren, sondern investieren und damit ein Verlustrisiko übernehmen und für die Selbstverantwortung keine leere Worthülse, sondern eine Geisteshaltung ist. Somit sollten wir in diesem Gremium aufhören, uns wie Kinder zu gebärden, und endlich lernen, erwachsen zu werden. Nur so werden wir unserer vielbeschworenen Vorbildfunktion gerecht. Mit dieser Schlussbemerkung und mit einer Vielzahl von Bedenken stimmen wir dem uns vorliegenden Haushaltsplan sowie den Wirtschaftsplänen für die Eigenbetriebe unserer Gemeinde zu.

Vorbild sind für uns auch alle, die sich in irgendeiner Form für das Wohl der Einwohner Weingartens einsetzen, sei dies nun am Arbeitsplatz, bei den Rettungseinrichtungen, ehrenamtlich in unseren Vereinen - oder auch dort, wo unser Blick es kaum jemals wahrnimmt - in den Familien, in der Nachbarschaftshilfe, der gegenseitigen Unterstützung und den kleinen Keimzellen der dörflichen Solidarität. Ihnen allen gilt nun abschließend unser Dank, verbunden mit der Hoffnung, die nächste Haushaltsstellungnahme kürzer zu fassen und einige Kritikpunkte als erledigt betrachten zu können.

Impressum

Herausgeber:

Gemeinde Weingarten (Baden)
Telefon 07244-70200,
Verantwortlich für den Inhalt
ist der Bürgermeister

Produktion, Druck und Vertrieb:

DG Druck GmbH,
Werner-Siemens-Str. 8
76356 Weingarten (Baden),
Tel.: 07244-70210,

Papier: 100% Recyclingpapier
Druckfarben: Reine Naturfarben
Druck: Klimaneutral



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com

